

Zahl ha004.1-2/2023-3

Niederschrift Nr. 06/2022

über die am 20.10.2022, um 19:00 Uhr unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr. Martin H. Staudinger im Gemeindeamt Hard stattgefundene Sitzung der Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard.

Teilnehmer: Team Evi Mair Harder Volkspartei und Parteifreie
Vzbgm. MMag. Nadine Häusler-Amann
GR Rene Bickel
GR Mag. Andreas Droop
Andrea Romagna-Mießgang
DI (FH) Andreas Lunardon
Mehmet Altas
Karin Walser
Mag. Herbert Motter
GVE Otmar Weissenbach statt Andreas Rudigier, BSc
GVE Marius Amann statt Bushra Rehman
GVE Irmgard Fritz statt Ronald Knoll

Martin Staudinger – Mitanand für Hard
Bgm. Dr. Martin H. Staudinger
GR Elfriede Bastiani
GR Oliver Kitzke
Daniel-Marius Roll
Sandra Senn
Dorothea Hammer
GVE Helmut Staudinger statt Wolfgang Fritz
GVE Hannelore Gehrler statt Tina Bastiani
GVE Roman Latschrauner statt GR Vedat Coskun

Grünes Hard
GR DI Philipp Erhart
GR Mag. (FH) Sanel Dedic
Christina Grabherr, BA MSc
Ing. Georg Klapper
DI Dr. Walter Fitz
Susanne Kainz
GVE Mag. Nadine Mündlein statt GV Sandra Harrer

Harder Liste
Melitta Kremmel
Erik Bleyer

Mir Harder Freiheitliche

Ing. Johannes Reumiller
GVE DI Kleiner Gerald statt Sandra Jäckel

Ohne Fraktion: Benno Feldkircher
Kathrin Löschke

Schriftführer: David Lindner

Auskunftspersonen:

Rosalie Schwendinger (Amt) TOP 3.
David Lindner (Amt) TOP 4. bis TOP 7.
Mario Kalb (AMT) TOP 9.

Bgm. Martin Staudinger begrüßt die Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, die Ersatzmitglieder, die Mitarbeiter des Amtes, die Pressevertreter und die Zuhörer.

Es wird festgestellt, dass die Einladungen zeitgerecht zugegangen sind und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Martin Staudinger stellt den Antrag, dass das Thema „Adaptierung Wassergebührenordnung + Kanalgebühren“ in die Tagesordnung aufgenommen wird und nach dem TOP 8. „Genehmigung der letzten Niederschrift“ behandelt wird. **Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme.**

Dies ergibt folgende Tagesordnung:

1. Berichte und Mitteilungen
2. Öffentliche Fragestunde
3. Verpflichtende Baugrundlagenbestimmung ab 1000m² Baugrundstück
4. Tarif- und Gebührenordnung 2023
5. Genehmigung des Voranschlags 2023
6. GV-Antrag Subventionen 2023
7. Beschäftigungsrahmenplan per 01.01.2023 Dienstpostenplan per 01.01.2023
8. Genehmigung der letzten Niederschrift
9. Adaptierung Wassergebührenordnung + Kanalgebührenordnung
10. Allfälliges

1. Berichte und Mitteilungen

Bgm. Martin Staudinger stellt den Antrag auf Abstimmung, David Lindner für die heutige Sitzung als Schriftführer zu ernennen. **Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Bgm. Martin Staudinger stellt den Antrag auf Aufnahme des TO-Punktes Wasser- und Kanalgebühren und den Punkt als TOP 9 zu behandeln. **Der Antrag wurde einstimmig angenommen.**

Das Wortprotokoll ist noch nicht fertig und darum wurde ein Beschlussprotokoll verfasst. Vanessa Zech ist unsere neue Mitarbeiterin im Vorzimmer von Amtsleiter und Bürgermeister. Vanessa hat viele Stunden und lange Abende mit dem Abtippen der Niederschrift der letzten Gemeindevertretungssitzung verbracht. Es freut mich, dass sie in unserem Team ist. Das Tippen der Protokolle ist sehr mühsam. Ich werde mich heute kurzfassen, sodass es nicht über 30 Seiten werden und auch der Bitte, nach der Schrift zu sprechen, nachkommen.

Die heutige Sitzung steht im Zeichen der verschiedenen Budgetthemen, ansonsten im Rückstau zur letzten Sitzung hat sich einiges getan. Das übliche Corona Thema hat sich eher wieder stabilisiert und zwischendurch hatten wir auch wieder eine Impfaktion in Hard, die gut aufgenommen wurde. Wir werden, in Absprache mit Petra Gebhard, gerne weitere Impftermine im Spannrahmen anbieten. Es gibt auch schon Anfragen und da werden wir natürlich gerne für die Harderinnen und Harder eine Impfmöglichkeit zur Verfügung stellen.

Zu den Energiethemen haben wir immer wieder Anfragen, was wir in diesem Bereich machen. Am 08.11. findet vor der Gemeindevorstandssitzung, eine e5 Teamsitzung statt. Dann werden wir uns nochmal mit dem Energiesparplan, mit welchen wir uns als Grobkonzept auseinandergesetzt haben, beschäftigen und uns entscheiden, was wir für konkrete Maßnahmen treffen werden. Wir orientieren uns auch ein wenig daran, was die anderen Gemeinden machen und was der Gemeindeverband hier vorgibt, aber im Detail werden wir das am 08. November machen.

Viel wird sich die nächsten Wochen auch im Bereich REP Entwicklungsplan tun, hier werden einige Sitzungen stattfinden. Der Auftaktworkshop für den REP und auch die REP Spaziergänge wird es geben, hier schaut man sich im Ort konkrete Sachen an, um hier wirklich ein Live Bild zu bekommen, um an diesem Plan mitzuarbeiten.

Der Faschingsauftakt findet am 11.11. um 18:11 Uhr mit den Mufängar statt und es wird im Rathaus das übliche Mufängar Zusammentreffen und Fest geben. Natürlich sind auch alle Gemeindevertreter und generell alle hier herzlich eingeladen.

Spannend wird es auch am Montag. Ich bin zur Variantenstudie Tramnetz 2040 unteres Rheintal eingeladen, welche Landesrat Daniel Zadra präsentiert. Seit der letzten Präsentation von der ÖBB Studie und die Studie Unterflur, versucht man beide Studien Autoren unterzubringen. Wir werden am Montag neues erfahren und sind schon sehr gespannt wie es weitergeht. Auch wenn es Hard jetzt nicht unmittelbar betrifft. Wir liegen einfach an der Hauptstrecke und sind teilbetroffen bzw. geht es bei uns natürlich auch um das Interesse einen guten Netzausbau zu haben.

Thema Bildung und Kinderbetreuung: Wir hatten heute nochmal die offizielle Eröffnungsfeier für die Kleinkindbetreuung am Dorfbach. Hier waren auch alle von euch eingeladen. Eltern, Kinder und einige andere haben mitgearbeitet. Ein herzliches-Danke an alle, die dazu beigetragen haben, dass das zu Stande gekommen ist. Es wurde wirklich sehr positiv aufgenommen, dass wir das erweitert haben.

2. Öffentliche Fragestunde

Keine öffentlichen Fragen

3. Verpflichtende Baugrundlagenbestimmung ab 1000m² Baugrundstück und/oder mindestens 4 Wohneinheiten

Um die räumliche Entwicklung der Gemeinde insbesondere im Hinblick auf größere private Bauvorhaben, bspw. verdichteten Wohnbau, im Sinne der Öffentlichkeit lenken zu können, bedarf es verbindlicher Instrumente für die Verwaltung.

Mit der Einführung der verpflichtenden Baugrundlagenbestimmung per Verordnung gemäß §3 Abs. 2 Vorarlberger Baugesetz kann bereits in einem frühen Stadium der Planung ein rechtsverbindlicher Rahmen für die Bebauung an einem gewissen Standort gesetzt werden. Dadurch können Zielsetzungen und Festlegungen zu Gebäudehöhen, Baudichten und ähnlichem auf hoher strategischer Ebene wie bspw. im REK / REP auf die Projektebene übertragen und angepasst werden. Zugleich stellt die Baugrundlagenbestimmung auch Rechts- und Planungssicherheit für den Bauwerber her.

Die Baugrundlagenbestimmung findet vor dem Bauantrag statt. Der Bauwerber erhält nach Antrag auf Baugrundlagenbestimmung per Bescheid die Rahmenbedingungen für die mögliche Bebauung mitgeteilt. Aus dem REP oder weiteren räumlichen Konzepten abgeleitet können hierbei im Hinblick auf das Ortsbild, die Interessen der örtlichen Raumplanung, die Gesundheit, den Verkehr und den haushälterischen Umgang mit Grund und Boden relevante Festlegungen getroffen werden. Die Festlegungen können sich auf Baulinie, Baugrenze, Höhenlage, Dachform, Firstrichtung für geneigte Dächer, Höhe des Gebäudes, Maß der baulichen Nutzung, oder auch Mindest- oder Höchstzahl der Stellplätze beziehen. Sie sind jedoch nur soweit zu treffen als es unter Bedachtnahme auf obige Interessen erforderlich ist.

Die verpflichtende Baugrundlagenbestimmung besteht im Harder Ortgebiet bereits für den Ortskern und soll nun für Bauprojekte ab einer Größe von mindestens 1000m² Baugrundstück und/oder mindestens 4 Wohneinheiten auf das gesamte Gemeindegebiet ausgedehnt werden. Hiermit werden vorrangig größere Bauvorhaben wie beispielsweise Wohnanlagen von der neuen Verordnung erfasst. Einfamilienhäuser, Doppelhäuser und ähnliches auf Baugrundstücken unter 1000m² oder mit weniger als 4 Wohneinheiten können weiterhin ohne Baugrundlagenbestimmung geplant und eingereicht werden. Zudem sollen nur wesentliche Änderungen an der Kubatur oder der äußeren Erscheinung von Bestandsgebäuden (bspw. maßgebliche Zubauten) sowie die Errichtung von Gebäuden (Neubauten) einer Baugrundlagenbestimmung bedürfen. Durch die angeführten Einschränkungen der verpflichtenden Baugrundlagenbestimmung sind gemäß §3 Abs. 2 Vorarlberger Baugesetz nur diejenigen Bauvorhaben betroffen, welche „aufgrund von Art, Lage, Größe, Form oder Verwendung die [öffentliche] Interessen nach Abs. 4 besonders berühren“. (Öffentliche Interessen nach Abs. 4 wurden im letzten Absatz angeführt.)

Die Mitglieder des Ausschusses „Entwicklung und Planung“ empfehlen die verpflichtende Baugrundlagenbestimmung für das gesamte Gemeindegebiet ab 1000m² Grundfläche EINSTIMMIG.

Andreas Droop: Ich finde die Baugrundlagenbestimmung grundsätzlich eine gute Idee. Mir stellt sich die Frage auf welcher rechtlichen Grundlage diese Bescheide jetzt gehen sollen, weil wir haben damals mit Stadtland zusammen das Entwicklungskonzept gemacht und im Zuge dessen wurde der ehemalige Ortskunde Bebauungsplan herangezogen und daraus eine Verordnung gemacht und auf Grundlage von dieser Verordnung werden jetzt diese Bescheide erlassen. Wir haben in Hard nur für den Ortskern und meines Wissens für den Strip entlang der Rheinstraße eine solche Verordnung und derzeit müsste man diesen Baugrundlagenbescheid auf Basis

des Baugesetzes erlassen da tut man sich eine Fleißaufgabe an, weil man keine Vorgaben haben, keine rechtlichen. Meines Erachtens müsste man, das REP ist ja in Ausarbeitung, es wird ja erwähnt das REP wird als Verordnung dann erlassen. Derzeit haben wir nur das REK und das REK ist in vielen Bereichen zu weich das reicht nicht als gesetzliche oder rechtliche Grundlage um darauf ausbauend dann einen Bescheid zu machen. Das müsste man sich meines Erachtens noch einmal anschauen und müsste eine solche Verordnung halt für den ganzen Ortsgebiet von Hand erarbeiten, dass man eben weiß wo in welchen Gebieten welche Vorgaben, Bauhöhe, Bau-dichte usw. gemacht werden damit man das auch erlassen kann.

Rosalie Schwening: Also zu den verpflichtenden Baugrundlagenbestimmungen. Ich habe da auch so ein nettes Bildchen herumgeschickt. Liegt auf der gleichen Ebene sozusagen das Umsetzungsinstrument beispielsweise der Bebauungsplan oder Widmungsplan. Das heißt es kann so etwas wie Bebauungsplan oder ein in dem Sinne Quartiersentwicklungskonzept wie für den Ortskern zugrunde legen muss es aber nicht also gewissen sozusagen Festlegungen sind auch in einem REP oder in einem REK schon getätigt worden also was zum Beispiel dichten angeht und was höhen angehen. Eine Verpflichtende Baugrundlagenbestimmung ist sozusagen das rechtlich verbindliche Instrument mit dem wir diese Festlegungen in einem REP oder auch in einem Straßen/Wege Konzept oder auch mit dem Spielraumkonzept auf die Projekte übertragen können. Natürlich wenn wir so etwas haben wie Ortskernkonzept dann haben wir noch detailliertere Feststellungen zu Baulinien, Baugrenzen, Dachverordnung usw. Allerdings lassen sie auch sozusagen viele dieser Rahmenbedingungen schon aus dem REP/REK ablesen und eben dadurch verbindlich versetzen auf das Projekt. Es sind natürlich auch andere Raumplanerische Argumentationen möglich die in dem Sinn jetzt nicht 1 zu 1 Projektbezogen oder Papierbezogen festgelegt sind in einem REK aber wo zum Beispiel die Zielsetzungen im Prinzip auf das Projekt umlegen können. Ob das Nachhaltigkeitsziele sind Photovoltaikanlagen eine gewisse Bauflächenzahl zum Beispiel die man in einem REK definiert, dass man sagt wir wollen nämlich Versiegelungen oder ein Maß der Versiegelung eingrenzen, das kann man dann auch auf Grundlage der Festlegungen im REP oder im REK auf das Einzelprojekt übertragen mit dem Instrument. Also es ist eine Möglichkeit einen Bebauungsplan vorzuschieben oder Quartiersentwicklungskonzept im detaillierten aber wir brauchen es in dem Sinne nicht.

Marius Amann: Ich finde grundsätzlich eine verpflichtende Baugrundlagenbestimmung sinnvoll, weil dann kommt der Bauwerber schon her und er hat nicht den Druck das er jetzt so viel in Architekten investiert hat und muss nachher nochmal umplanen. Durch das finde ich es ein sinnvolles Instrument. Problem ist wie der Daniel gesagt hat wir haben im Prinzip keine wirklichen Grundlagen. Da hat man in jeder von den letzten 10 Sitzungen sicher 5 Mal sagen lassen, weil es um Umwidmungen gegangen ist und um Geschossezahlen. Das können wir dann machen, wenn wir den REP Prozess abgeschlossen haben dann können wir solche Themen regeln. Jetzt können wir als Gemeindevertretung sehen wir nicht darüber raus einer Mindestgeschosszahl von mindestens 2 zum Beispiel vorzuschreiben. Dazu ist die Gemeindevertretung nicht im Stande. Ich sehe das durch das schwierig, dass man das auf die Verwaltung abwälzt und nachher muss die Verwaltung quasi sagen du musst zwei Geschosse bauen oder du darfst dort drei oder nur zwei Geschosse bauen oder was auch immer. Ohne dass jetzt irgendwelche Grundlagen da sind auf Basis derer man das entscheiden kann weil jetzt sagt man immer ja wir haben das nicht geregelt das heißt im Prinzip muss man es so machen. Entweder haben wir es jetzt schon geregelt. Ich bin der Meinung da ist das REK in dem Fall zu schwach. Sonst hätte man bei der letzten Widmung schon entsprechend mehr fordern können als Gemeinde und wenn es

nicht geregelt ist müsste man es halt zuerst regeln bevor man es verpflichtend macht. Für uns ist es halt schwierig von Seiten des Bauamtes zu argumentieren warum fordere ich jetzt als Amt drei Geschosse oder warum sage ich du darfst nur zwei Geschosse bauen zum Beispiel.

Rosalie Schweninger: Also wir haben gewisse Festlegungen im REK auch schon. Dort ist in verschiedenen Zonen festgelegt was die maximal angestellte Geschosshöhe ist. Wir haben natürlich nicht zu allen Punkten Festlegungen im REK das stimmt, zum Beispiel eine Mindestgeschosshöhe ist nirgends angesprochen im REK. Dementsprechend werden wir das auch nicht festlegen also wir würden bei einer Baugrundlagenbestimmung immer zurückgreifen auf sozusagen logisch nachvollziehbare ableitbare Festlegungen. In dem Fall zu diesem Zeitpunkt könnten wir zum Beispiel keine Mindestgeschosshöhe von 2 einfach reinschreiben, weil dafür haben wir keine Grundlage. Was wir allerdings schon können ist für gewisse Zonen sagen okay wir haben ein REK das ist gültig, das sagt für diese Zone haben wir eine Dichte von maximal 50 + 20 Bonuspunkte zum Beispiel. Für diese Zone haben wir eine maximale Gebäudehöhe von so und so, eine Geschosshöhe von maximal 3, 4 wäre bei Quartiersbetrachtung positiver. Das sind die Festlegungen die wir zum jetzigen Zeitpunkt machen können. Je mehr wir natürlich in Zukunft im Rahmen des REP-Prozesses noch definieren möchte, desto mehr Spielraum haben wir, umso mehr Merkmale können wir Festlegungen treffen bei Baugrundlagenbestimmungen. Was wir jetzt sicher nicht machen werden in der Verwaltung ist uns, dass aus den Fingern zu ziehen, sondern wir brauchen für alles eine Grundlage das haben wir im Moment für gewisse Bereiche, für andere haben wir sie nicht also werden wir dort keine Festlegung treffen. Es gibt uns nur das Instrument das wir nicht sozusagen zum Bau etwas sagen müssen wir hätten es gerne so, weil so ist es eigentlich in einem REK definiert worden, so ist es gewollt von der Gemeinde, sondern wir können jetzt sagen wir sichern das ab, dass sozusagen dieser Wille aus dem REK und in weiterer Folge aus dem REP auch beim Einzelbau eben ankommt.

Georg Klapper: Guten Abend. Ich möchte auf das Beispiel von Marius nochmal eingehen. Das war der Fall, dass man ein Einfamilienhaus auf ein riesengroßes Grundstück raufgebaut hat und wir haben doch bei der Fraktionsobleute Diskussion den Fall besprochen, dass sowas beim Land nicht mehr durchgehen würde aber auf welcher Basis wird das dann, kann man dann sowas ablehnen weil wie gesagt letztes Mal das Beispiel von Marius da haben wir gesagt wir haben keine Handhabe das kann er so machen und haben die Umwidmung praktisch gemacht das würde mich schon noch interessieren.

Bgm. Martin Staudinger: Das ist ein Baustein von mehreren Dingen die kommen werden. Im REP-Prozess werden wir noch auf viele andere Dinge kommen. Dass es ein Baustein der aber dem ganzen widerspricht noch irgendwie etwas kann was wir nicht können dürfen, sondern es ermöglicht einfach jetzt schon dass nicht ein Bauherr eben kommt und ein Projekt vorlegt das komplett daneben ist sondern dass der Bauherr zuerst kommt und sagt was darf ich denn, oder reden wir darüber weil ich habe einen ganz tollen Plan und würde gerne etwas mehr dürfen aber reden wir vorher darüber bevor ich etwas plane und dann hinkomme und ein Projekt vorlege mit einer absurden Baudichte, mit absurden Sachen die wir gar nicht wollen und dann hat der aber schon viel Geld ausgegeben und dann müssen wir sagen wir wollen das eigentlich gar nicht. Dass die Rosalie oder das Amt dann nicht Dinge erlauben oder verbieten darf, die wir noch nicht geregelt haben ist klar. Das machen wir dann im REP. Aber bis wir das REP fertig haben gilt alles was jetzt gilt. Die Frage ist nur ob wir weiterhin einfach gar nichts tun und warten bis jemand einen Plan einreicht oder

ob man eben als Baustein von dem was wir in Zukunft sicher wollen zumindest das schon einführen. Die Substanz die wir ändern also an dem was wir wollen und nicht wollen tun wir dann nachher aber das was wir jetzt einführen ist ja kein Widerspruch dazu.

Andreas Droop: Die Problematik ist das wird jetzt juristisch technisch sind aber ein Bescheid darf nur auf Grundlage von einem Gesetz oder einer Verordnung ergehen ich kann nicht aufgrund eines Konzepts einen Bescheid erlassen und wenn ich jetzt dann einen Baugrundlagenbescheid erlasse und wir reinschreiben REK ist definiert dann ist der rechtswidrig weil keine Verordnung zu Grunde liegt deshalb meine ich wir müssten nochmal eine Schlaufe einziehen in die ganze Sachen und müssen in diesen Gebieten wo man das machen möchte eine entsprechende Verordnung daraus machen das haben wir das letzte Mal extra gemacht damit wir eine rechtliche Grundlage haben weil Wenn ich einen Bescheid erlasse und keine gesetzliche Grundlage dafür habe dann hält der nicht dann bin ich am schlimmsten Fall sogar im Amtsmissbrauch

Bgm. Martin Staudinger: Wenn im Bescheid drinnen steht wir haben eine Bauzahl von 50 und 20 Bonuspunkten, weil es jetzt im REK steht und wir nehmen die Reitergasse dann sagst du das ist nicht gültig?

Andreas Droop: Ich muss mich im Bescheid auf eine Verordnung beziehen können aus der ich das ziehe oder auf ein Gesetz und das haben wir in dem Moment derzeit nicht. Für manche Gebiete haben wir es für manche haben wir es nicht. Das REP wird das abschließend regeln, weil da REP ist ja eine der Besonderheiten zum REK als Verordnung zum Schluss entlastend wird.

Bgm. Martin Staudinger: Wir haben das REK doch als Verordnung erlassen?

Andreas Droop: Nein das ist ja erst in der Ausarbeitung. Wir haben ja den REP- Prozess jetzt gestartet das REK ist keine Verordnung, sondern nur ein Konzept und das ist das Problem.

Wir haben auch gesagt wir haben das REK schon als Verordnung erlassen.

Andreas Droop: Im Ortskern und dem Strip entlang, dort gibt es Verordnungen dazu.

Bgm. Martin Staudinger: Also Teile des REK sind eine Verordnung und Teile sind keine?

Andreas Droop: Man hat Teile des REK oder wo im REK eingebunden waren gesondert als Verordnung erlassen damit man diesen Bescheid machen kann das ist jetzt eine rein juristisch technische Sache und dort fehlt meines Erachtens jetzt noch diese Zwischenstufe. Man müsste sich die Gebiete anschauen, Erlach oder wo auch immer und müsste dort die Vorgaben die im REK sind, wenn es welche gibt, umgießen in eine Verordnung und dann habe ich ein Handwerkszeug für die Bauabteilung die den Baulagenbescheid dann hineinschreiben kann. Höhe, Dichte usw. und das fehlt uns jetzt.

Rosalie Schweninger: Das ist nicht ganz die Argumentation vom Land Vorarlberg, also soweit es nach dem Land Vorarlberg geht steht bestenfalls vor einer Baugrundlagenbestimmung ein entsprechendes Quartiersentwicklungskonzept. Konzept. Auf dem basierend sozusagen, das ist die fachliche Grundlage für die Baugrundlagenbestimmung aber es muss nicht sein. Im Prinzip jede fachliche Grundlage und in dem Fall ist ein REK auch eine fachliche Grundlage kann Basis sein für die Baugrundla-

genbestimmung. Formell ist die Baugrundlagenbestimmung die entsprechende Verordnung. Dann muss man das im Detail klären ob das so ist, ob wir davor irgendwelche Instrumente brauchen. Ich denke nicht das lasst sich so nicht rauslesen aber in dem Fall muss man es prüfen.

Bgm. Martin Staudinger: Könnte man sagen der Rest vom REK ist eine Verordnung und dann funktioniert es das heißt wir können sagen wir beschließen das mit Wirksamkeit 1 Januar und dann können wir bis dahin die Verordnung beschließen. Dann beschließen wir das mit Wirkungsbeginn 1 Januar. Und dann können wir im Dezember die Verordnung nachreichen oder?

Georg Klapper: Das wir da weiterkommen würde ich das wirklich so aufgreifen, dass wir sagen das wird ab 1 Januar umgesetzt. Und bei der nächsten Gemeindevertretung wird der Verordnungstext der Gemeindevertretung zum Beschluss vorgelegt und dann haben wir mit der nächsten Gemeindevertretung die Verordnungen die der Andreas vorgeschlagen hat und dann gibt es keinen Grund das weiter aufzuhalten.

Daniel Marius Roll: Ich war ja damals beim REK-Prozess dabei und beim REK hat man, weil es auch nicht notwendig war sage ich mal sehr viele nicht ganz klare Aussagen getroffen. Mehr so Bilder gemacht und da hat man Sachen wie Baunutzzahlen und so hineingenommen aber auch vieles sage ich mal Wünsche hineinformuliert wie es sein sollte wie es sich entwickeln sollte. Ich glaube man müsste zuerst mal schauen. Ich glaube das ganze REK als REK an sich ist meiner Meinung nicht verordnbar. Ich muss zuerst mal über die Bücher gehen welche Bereiche und welche Teile ich vom REK überhaupt verordnen kann. Was sinnvoll ist, man kann zum Beispiel die Baunutzzahl was im sinnvollen Bereich ist das muss ich anschauen aber ich glaube das ganze REK im Block verordnen das klappt meiner Meinung nicht wie ich es im Kopf habe. Weil meiner Meinung nach zu schwammige Formulierungen drinnen sind. Die halt juristisch zu wenig genau sind, weil es damals auch nicht gemacht wurde um verordnet zu werden. Natürlich dann im REP genauer sein aber das wird gemacht zum verordnet zu werden. Und ich habe persönlich ein bisschen ein Problem damit etwas zu bestimmen was jetzt heute zu beschließen und dann sagen jetzt bei der nächsten Sitzung machen wir die Verordnung dazu wenn die Verordnung nicht kommt dann haben wir was beschlossen was zahllos ist. Könnten man auch genauer sagen wir machen beides bei der nächsten Sitzung. Eine Verordnung und Baugrundlagenbestimmung gemeinsam, weil es geht ja keine Zeit verloren wir müssten sowieso zuerst die Verordnung haben und dass REP oder REK in Teilen verordnet haben, dass das ganze ineinandergreift, und juristisch klar ist. Könnte man gleich beim nächsten Mal machen.

Bgm. Martin Staudinger: Nochmal wie ich gesagt habe, dass das nicht verordnet ist kann nicht drinnen stehen und alle anderen Dinge die uns nächstes Jahr einfallen, können auch nicht drinnen stehen aber was drinnen stehen kann ist das es schon verordnet ist und wenn wir weitere Teile des REK verordnen ist beispielsweise hier klarer Zonenplan über Bebauungszahlen drinnen also überall wo es im REK drinnen steht können wir es verordnen und wie gesagt wo nicht definiert ist kann man es logischerweise nicht dann muss man das nächstes Jahr tun aber zumindest immer noch nicht wirklich ein Widerspruch. Dann stelle ich folgenden Abänderungsantrag vor bzw. Ergänzung. Das man in Ergänzung zum vorliegenden Antrag dazu schreiben das wir den 1. Januar noch einfügen.

Antrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe gemäß §3 Abs. 2 Vorarlberger Baugesetz per Verordnung, dass für Bauvorhaben auf Baugrundstücken ab 1000m² und/oder mindestens 4 Wohneinheiten, welche die Errichtung oder wesentliche Änderung von Gebäuden nach § 18 Abs. 1 lit. a Vorarlberger Baugesetz vorsehen, vor dem Bauantrag seitens des Bauwerbers ein Antrag auf Baugrundlagenbestimmung gestellt werden muss. **Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (31 Zustimmungen, 2 Gegenstimmen).**

4.Tarif- und Gebührenordnung 2023

In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 04.07.2013 wurde beschlossen, dass die Wasser- und Kanalgebühren sowie die Friedhofsgebühren entlang des Baukostenindex und die Hundesteuer entlang des VPI 2010 mit der jeweiligen Grundlage „Index Oktober“ erhöht werden. Dieser Beschluss wurde in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 22.11.2018 bestätigt und auf weitere 5 Jahre verlängert.

In der Sitzung der Gemeindevertretung vom 22.11.2018 wurde außerdem beschlossen, die Hafengebühren sowie Müllgebühren entlang des VPI 2010 Oktober auf Oktober zu erhöhen, dass die Gebühren für Müllsäcke künftig entsprechend dem Vorschlag des Umweltverbandes für das Unterland festgesetzt werden sollen.

Ebenso wird der Stundensatz für Leistungen des Bauhofes bzw. des Wasserwerks über den VPI 2010 angepasst.

Die Tarife für den Wasserbezug und Kanalgebühren werden nicht mehr als Staffeltarif angeboten. Die Tarife des Textilmuseums sowie die Marktstandsgebühren wurden nach längerer Zeit angehoben.

Tarifangleichung findet bei der Gästetaxe sowie Zweitwohnsitzabgabe statt, Rundungen auf 1 bzw. 2 Nachkommastellen wurden durchgeführt.

Der ortsübliche Baugrundstückspreis, der durch die Gemeindevertretung festgesetzt wird, soll auf den Wert 900,00 Euro angepasst werden, welcher laut Auskunft des Bauamtes der Marktgemeinde Hard derzeit einen Durchschnittswert darstellt. Der Baukostenausgleich ergibt sich aufgrund der Veröffentlichung des Landes Vorarlberg.

In der Sitzung vom 30.06.2022 hat die Gemeindevertretung die Tarife für Kleinkindbetreuung, Kindergarten für das Schuljahr 2022/23 bereits beschlossen.

Thema Essenskosten:

Die Preise für die Verpflegung in der Mittagsbetreuung durch die Kantine L wurden entsprechend der Selbstkosten um angepasst. Wenn ein Kind beispielsweise täglich in einer Betreuungseinrichtung isst, so bedeutet dies für ein Kindergartenkind und ein Kind in der Kleinkindbetreuungseinrichtung Mehrkosten von 20,-- Euro jährlich. Bei einem Schüler wären dies 60,-- Euro pro Jahr.

Der Bildungsausschuss empfahl in der Sitzung vom 28.09.2022 die Preise für die Verpflegung in den Schulen, den Kindergärten und den Kleinkindbetreuungseinrichtungen, befristet auf das Betreuungsjahr 2022/23 nicht zu erhöhen. Überdies wird die Einführung einer Staffelung der Essenspreise abhängig von der Anzahl der Kinder/Schüler empfohlen: Absteigend vom Lebensalter sollen für das erste Kind/Schüler

100%, für das zweite Kind/Schüler 50% und für jedes weitere Kind/Schüler 25% vom ursprünglichen Essenspreis verrechnet werden.

Diese Anliegen wurde im Finanzausschuss vom 12.10.2022 diskutiert.

Im Vergleich zu den Gemeinden im Land zählen die Essenspreise in der Marktgemeinde Hard für Kleinkinder und Kindergartenkinder mit Abstand zu den Günstigsten. Die Kantine.L bietet der Gemeinde nicht nur einen vergleichsweise günstigen Preis, sondern produziert die Speisen mit regionalen und vorrangig biologisch angebauten Lebensmitteln täglich frisch. Die Preisanpassung erfolgt weit unter der Inflation. Der Finanzausschuss empfiehlt daher vielmehr, anstelle einer Gießkannen-Maßnahme mehr auf die soziale Bedürftigkeit abzielen und aktiv das Modell der sozial treffsichereren und stärker wirkenden Übernahme der Essenskosten zu forcieren und zu bewerben.

Da die Tarife- und Gebühren einen maßgeblichen Einnahmefaktor darstellen und Basis für die Gemeindeleistungen sind, hat der **Finanzausschuss** in seiner Sitzung am 12.10.2022 die Verordnung besprochen sowie eine **einstimmige Empfehlung** der stimmberechtigten Mitglieder an die Gemeindevertretung ausgesprochen, die Werte in der vorliegenden Form für das Jahr 2023 zu beschließen

Johannes Reumiller: Guten Abend miteinander. In unserer Fraktion hatten ist folgende Diskussion gewesen. Erstens die Situation, du hast am Anfang gesagt der Finanzausschuss hat das einstimmig beschlossen. Wieso wir jetzt dann als Zuhörer dabei haben auch kein Stimmrecht und laut Aussage von unserem Mitglied war er gegen die Erhöhung. Das war nicht einstimmig. Und jetzt ist folgendes. Wir haben eigentlich in unsere Fraktion vorgeschlagen, dass wir mit einer Deckelung durchkommen müsste eventuell mit 5 Prozent. Ich meine der Renee hat nur eine 0 Runde beantragt. Aber so war ja eigentlich der nur bei uns in der Fraktion, dass man aufgrund der Gesamtsituation die gegeben ist, dass die Bevölkerung alle leiden alles spüren das, alle merken den Druck den sie haben finanziell. Ich sage da, und jetzt auch bei den Gebühren lt. Gerald sind sogar die Müllgebühren hat die Gemeinde sogar positiv abgeschnitten 2021 und bei den Liegeplatzgebühren glaube ich auch. Darum kann man das sicherlich andenken das man da entweder auf 0 fährt oder mit einer geringen Deckelung rechnet. Danke.

Kathrin Löschke: Guten Abend auch von meiner Seite. Auch erstmal vielen Dank für di Erstellung des Budgets das ist eine Arbeit die ich mir nicht antun möchte, da bin ich wahnsinnig froh das es da andere gibt die da ein Händchen und ein Gespür dafür haben. Ganz kurz nochmal zu Mittagsverpflegung. Erstmal zur Kantine L, sowieso zur Verpflegung. Meiner Erfahrung ist die, dass die ein ganz super tolles Angebot liefern, dass die Qualität vom Essen ganz toll ist. Abwechslungsreich und wirklich Kindgerecht und sie haben wirklich eine gute Auswahl, das erstmal vorweg. Ich bin mit deinen Punkten Philipp ganz konform und sehe das auch so. Ich habe an dem Bildungsausschuss ein paar Fragen bezüglich der Statistik. Vielleicht könnte man das gerade in der Schülerbetreuung mal irgendwie auffassen oder erstellen oder vielleicht gibt es da schon Zahlen dafür wie viele Kinder an welchen Tagen essen. Es essen ja nicht alle an jedem Tag aber wie viele Kinder an welche Tagen essen. Dann wäre vielleicht auch noch interessant zu wissen, vor der Corona Pandemie war es möglich das externe auch zum Mittagessen kommen ob das aktuell noch möglich ist und was die dann auch zahlen. Was mich auch noch interessieren würde, das ist vielleicht in der Mittelschule nochmal interessanter als in der Volksschule. Im Kindergarten wird es gar kein Thema sein. Wie viele Kinder die dort essen keine Harder

sind. Ein Gedanke ist mir noch gekommen bezüglich dieser Erhöhung das ist ja ganz nett das der Bildungsausschuss das empfiehlt es nicht zu erhöhen aber wir legen diese Erhöhung ja nicht fest das ist ja jetzt nicht die Idee der Marktgemeinde Hard sondern der Kantine L die legen ja die Preise fest oder? Aber dann ist es schon richtig das ein externer für die Verpflegung verantwortlich ist und der legt jetzt die neuen Preise fest?

GVE Marius Amann: Noch kurz ein Thema was die Gemeinde für Möglichkeiten hat. Vor ein paar Jahren bevor wir die Kantine L hatte man das Essen von ``Mama bringt es und die hat auch erhöht und die haben sich dann entschieden, den Rest vom Jahr subventioniert damit die Gebühren gleichbleiben. Es ist glaube ich um 4 Monate gegangen oder so. Also wenn der Wirt bzw. der Betreiber erhöht, dass die Gemeinde sagt wir wollen die gleichen Tarife uns ist es das wert wir subvensieren das, das hat man vor 5/6 Jahren mal gemacht das geht grundsätzlich. Im letzten Jahr war auch schon das Thema Gebühren. Letztes Jahr Baukostenindex 13 Prozent. Da haben wir auch schon beantragt, dass man die Erhöhung vom Baukostenindex reduziert, weil die 13 Prozent im Kanal einfach extrem und jeden treffen. Damals ist es nicht durchgekommen jetzt ist er jetzt schon um 13 Prozent aufgegangen, heuer in dem Fall auf 7,7 Prozent ungefähr das ist eine 20 Prozent Erhöhung in 2 Jahren. Mir ist klar die Baukosten gehen rauf, die Inflation geht rauf wo die Gebühren extrem steigen und wir sind natürlich, wenn man jetzt sagt Pensionsabschlüsse, Lohnabschlüsse weiß ich jetzt noch nicht ist bei 5,8 Prozent ohne Sonderzahlungen natürlich gibt es auch eine kleine Pension etc. Unsere Gebührenerhöhung ist im Schnitt bei 10 Prozent also fast das doppelte und es ist natürlich ein extremes Missverhältnis sage ich mal wo man politisch schon mal überlegen kann, will man das, macht man das. Man hat das 2013 und 2018 beschlossen in einem Zeitpunkt wo die Inflationsrate relativ normal war wo es im niedrigen Prozentbereich ist, wo man sagen kann gut 1,5 Prozent Erhöhung im Jahr das spüren einige nicht einmal. Jetzt sind wir in einem Bereich wo die Inflationszahlen sehr hoch sind, wo der Index natürlich raufschießt und man hat ja damals bewusst entschieden wir machen ein Automatismus das man gar nicht mehr darüber redet und man die Gebühren sage ich mal von Excel erhöht. Das könnte man im Prinzip eingeben und es wird erhöht und fertig. Ich glaube aktuell haben wir fast schon eine Verpflichtung in den Automatismus einzugreifen und diesen nicht von alleine rennen zu lassen, sondern vielleicht zu schauen wo machen wir etwas sinnvolles wo fahren wir runter oder lassen es wie Renee gesagt hat ganz aus und schauen was wirklich notwendig ist.

Walter Fitz: Schönen Abend auch von meiner Seite aus. Also egal was wir jetzt beschließen aber ich würde vorschlagen das wir die Hafengebühr und die Gästetaxe schon erhöhen egal was wir jetzt machen.

Rene Bickel: Ich will jetzt gar nicht lang eine Rede halten David vielen Dank an dich du hast das wieder sehr professionell und sehr gut aufbereitet. Ich möchte vielleicht zu den Gebühren und Tarife ein paar Worte verlieren. Es ist einmal zum ersten so das muss ich niemandem sagen es geht glaube ich niemandem wirklich gut im Moment also es hat jeder große Sorgen wie es weitergeht. Es ist die Inflation so hoch wie vor 70 Jahren noch nicht, oder die letzten 70 Jahre nicht. Letztens hat mir jemand erzählt vor dem Rathaus würden anscheinend bevor es aufmacht schon 7/8 Leute warten um den Heizkostenantrag zu stellen oder einen Zuschuss zu beantragen also man merkt die Leute haben Angst und es geht ihnen nicht gut. Jetzt weiß ich schon das wir als Gemeinde Hard die Inflation nicht beeinflussen können so mächtig sind wir leider nicht aber ich glaube wir können uns versuchen in dem Bereich wo mir das zumindest etwas mitbeeinflussen können die Inflation nicht noch

zusätzlich anzutreiben. Es ist ein fachlicher Hinweis vielleicht wieder, es ist schwierig die Gebührensteigerung herauszulesen aus dem Budget also in Prozenten, das muss man sich selber ausrechnen. Ich wäre froh vielleicht für nächstes Jahr, wenn man das angeben könnte, die Steigerung in Prozent das wäre etwas einfacher aber ich habe es mir trotzdem etwas herausgerechnet. Dieser eine oder andere, bzw. der Andreas Lunardon hat es auch gemacht also die Wassergebühren würden um 7,4 Prozent steigen, der Abfall um 10 Prozent steigen, der Biomüllsack um 13 Prozent, die Hunde um 10 Prozent, der Hafen um über 10 Prozent und das Essen hast du gerade gesagt David um 2 Prozent wobei das der Bildungsausschuss empfohlen hat das man das nicht erhöhen soll. Und darum bin ich da der Meinung, dass man dem auch stattgeben sollte. Soviel einmal zu den Prozentzahlen. Also ich finde das eine massive Erhöhung von gewissen Zahlen. Jetzt weiß ich auch, dass man vieles entlang des VPI erhöht und manches anhand des Baukostenindex, da haben wir glaube ich letztes Jahr auch schon gesagt man sollte vielleicht überlegen ob man nicht den Baukostenindex ganz wegnimmt und alles entlang des VPI erhöht. Jetzt ist es aber so wie ich eingehend schon gesagt habe, heuer sind einfach Ausnahmezeiten. Es ist ein Jahr wo es alle schwierig haben wo niemand abschätzen kann wie es weitergeht und darum wäre ich eigentlich dafür, dass wir heuer und ich möchte schon den Antrag stellen, dass man mal ein Jahr aussetzt und den Leuten hilft die Inflation nicht noch zusätzlich anzutreiben und die Gebührenerhöhung mit Ausnahme jetzt diese 900 Euro Quadratmeterpreis das ist eine eigene Sache und die heuer einmal nicht erhöht. Ich glaube da würden wir als Marktgemeinde Hard den Leuten sehr helfen und würden auch als Beispiel vorangehen. Ich habe ein bisschen recherchiert was die Mitand für Hard Fraktion da auch mal als Ideen eingebracht hat. Gratis Kinderbetreuung, Heizkostensenkung und Reduktion der Müllgebühr. Leistbare Bootsplätze für alle Harder und maßvolle Gebühren und Tarifierhöhungen. Also das entspricht dem das man einmal ein Jahr aussetzen kann und sagen kann wir helfen unseren Harder und tun heuer mal die Gebühren die die Gemeinde beeinflussen kann senken und ich möchte das auch als Antrag einbringen, dass wir das entscheiden heute. Danke.

Philipp Erhart: Ich finde das durchaus eine Überlegung wert es ist nämlich wie schon Renee gesagt hat, die Gemeinde unter finanziellem Druck, auch Familien und andere Menschen in unserer Gemeinde stehen unter finanziellem Druck. Ich möchte jetzt noch einmal auf das Thema mit dem Essen kommen, weil im Antragstext oder in der Beschreibung vom Antrag da findet sich so die Formulierung diese z.B. die soziale Staffelung das wird forciert das irgendwie zu machen mir persönlich ist das zu schwammig. Mir ist durchaus bewusst das es vom Land für Sozialhilfeempfänger seit diesem Herbst entsprechende Unterstützung gibt aber es gibt dennoch Alleinerzieher oder Erzieherinnen die vielleicht knapp über der Grenze sind und dann durch den Rost fallen. In Bezug auf diese Regelung. Und es ist für mich noch eine andere Komponente die auch noch wirkt und zwar es hat so den Anschein, wenn man das liest. Ja wir sind ja eigentlich eh schon also mit den Kleinkindbetreuungen und Kindergärten mit Abstand bei den günstigsten Gemeinden dabei habe ich jetzt auch ein bisschen nachgefragt die Woche. Es sind nicht alle Gemeinden Vorarlbergs gemeint, sondern halt ein paar wo man angeschrieben hat aber was ganz eklatant ein anderes Bild ergibt ist, dass man bei der Schülerbetreuung auf Platz 10 derzeit sind in Vorarlberg also wir sind bei den teuersten dabei und mit der Erhöhung sind wir nachher auf Platz 7. In Kombination mit dem das wir schon relativ hoch sind bei der Schülerbetreuung also beim Schüler Mittagessen und der Thematik mit der sozialen Staffelung vor dem Hintergrund, der David Lindner hat es eh schon erwähnt an der Schule am See hat man ein richtungsweisendes Schulrestaurant. Da wird vor Ort gezahlt, da werden Gutscheine gekauft diese Marken und ich finde es ein ungünstiger Ansatz

wenn finanziell bedürftige dort vor Ort Gutscheine kaufen müssen und mit einem Schamgefühl eigentlich sagen ich kann es mir nicht leisten und ich brauche Unterstützung. Darum bitte ich eben diese Formulierung das man das forciert wirklich konkret zu machen und sich da eine Lösung zu überlegen. Dass die dann so weit ist das man sie umsetzen kann darum auf Bezug auf das Thema würde ich wenn jetzt der Rene das schon angebracht hat sagen bitte das rauszunehmen aus diesem Vorschlag und das im Finanz und Bildungsausschuss sich zu überlegen wie uns das bei der sozialen Staffelung mit diesen Mitteln die wir den Winter oder spätestens Anfang des nächsten Jahres brauchen werden weil die ganzen Vorschriften für Energie usw. in die Haushalte kommen und das ist für viele wirklich kein Spaß und deswegen ist mir das ein wichtiges Anliegen. Also das wäre noch zu überlegen, das herauszunehmen also zusätzlich zu dem das man die Gebühren so belässt das man über diese soziale Staffelung sich im Klaren wird.

Andreas Lunardon: Guten Abend miteinander. Ich möchte David Danke für die Budgeterstellung und für das Thema, dass ich mich frühzeitig dahingehend informiert hat. Ich habe zu dem Thema auch eine Stellungnahme abgegeben. Ich finde den Antrag vom Renee super. Ich finde auch gut das man da so wie ich das sehe ziemlich stark d'acor sind. Das einzige ist wir reden von 400.000 Euro wo nehmen wir die her? Und da habe ich einen Vorschlag wie gewohnt. Also es wird eine Steigerung geben vom ÖPNV von 12 Prozent. Wir haben jetzt momentan 21 Prozent Steigerung drinnen. Ist auch klar, weil der ÖPNV braucht ein bisschen länger Zeit. Wir haben auch vom Mobilitätsausschuss die Sitzung verschieben müssen, weil wir einfach keine Zahlen hatten wo wir hinterlegen konnten also die Zahlen vom Amt sind einfach zu spät gekommen. Das ist tragisch aber es nützt nichts. Früher hatten wir die Budgetsitzung im Dezember und man hat gesagt man zieht sie vor dann müsste natürlich auch von den Ausschüssen die Zahlen früher kommen. Wenn sie früher kommen dann können wir auch besser diskutieren. Das war dieses Mal nicht so. Das wäre ein Punkt den man nächstes Jahr sicher verbessern könnte. Also wie gesagt dahingehend hätte ich im Prinzip 95.000 wo wir in den Topf werfen können oder, das ist immerhin schon über 20 Prozent. Das wäre das erste. Zweites Thema ist wie folgt, das habe ich auch angemerkt, dass die Energiepreise die wir da drinnen haben ziemlich hoch sind. Also wir haben 50% Erhöhung drinnen, das wissen auch die VKW und Illwerke meiner Meinung nach. Wir sind auch bei denen, VKW und Illwerke, nicht bei Salzburg oder bei Wien Energie das wäre jetzt noch das schlimmste. Also die Preise sind ab 1. Mai. Wohlgermerkt ab 1. Mai gehen sie um 43,5 Prozent nach oben. Also wenn wir das nachher auf diese Art und Weise rechnen, dann sieht das nachher vernünftig aus also das heißt wir können da nochmal den Bleistift spitzen und da nochmal mehrere Tausend Euro rausholen. Wenn wir nachher noch sagen es gibt sonst noch Einsparpotenzial oder Einsparmaßnahmen wo wir machen können dann glaube ich das wir in die richtige Richtung gehen um nachher zu sagen wir machen eine 0 Lohnrunde in dieser Form das wir sagen die Gebühren werden um 0 Prozent angehoben. Vielleicht noch kurz. Wieso gehen wir eigentlich nicht höher rauf? Wir sind welche von der günstigsten VKW, also Strompreise usw. Österreichweit die günstigsten. Europaweit gehören wir auch dazu. Wenn man das erhöht, ist das Thema das wir Übergewinnsteuer zahlen müssen. Der Bund möchte natürlich Geld. Das heißt wir schöpfen unsere Bürger, wir haben Gewinne. Wieso haben wir Gewinne? Weil eigentlich der Strom und das Wasser gehört uns. Wir sind ziemlich autark also 92 Prozent, je nachdem wie es regnet das kommt natürlich dazu. Nur im Winter haben wir ein Problem, dass wir da 40 Prozent haben aber sonst haben wir eigentlich mehr als genug Energie zur Verfügung, sofern wir nicht überall Autos herstellen mit Elektromobilität, bevor wir nicht überall Solaranlagen draufhaben. Das ist das Thema das heißt also, wenn wir Übergewinne haben, da komme ich nachher noch auf dich zu Martin, du

bist ja auch im Landtag, das man dort auch schaut das wir das Geld natürlich im Land haben und im Land auch nutzen und nicht nach Wien hinuntertragen und dann 5 Prozent wieder zurückkriegen das kann es ja nicht sein. Ich freue mich auf die Abstimmung und sage Dankeschön.

Bgm. Martin Staudinger: Also Gebührenerhöhung ist immer ein Thema wo man diskutieren kann und sehr geneigt ist darüber zu diskutieren, weil immer wieder ist es bei einer Budgeterstellung wesentlich angenehmer zu sagen man gibt viel Geld aus, man erhöht da und da eine Vereinsförderung. Gleichzeitig fällt es einem Politiker schwer Gebühren zu erhöhen, weil man glaubt man macht sich damit unbeliebt. Trotzdem gibt es dann da das dritte in der Mitte, nämlich das Minus oder die Schuldenaufnahme und leider ist es Volksschulmathematik, dass es immer irgendwie Zusammenhänge gibt. Ich kann mehr oder weniger einnehmen. Ich kann mehr oder weniger ausgeben und dazwischen ist das Plus und das Minus und die Erhöhung oder Senkung der Schulden. Diese Zusammenhänge gibt es das muss uns nur klar sein. Wir haben also weiterhin jetzt noch ein Minus im Budget. Wir haben weiterhin noch eine Schuldenaufnahme im Budget, das muss uns nur alles bewusst sein. Das heißt wir sind nicht in einer Situation wo wir Geld verteilen was wir haben, sondern wir verteilen eigentlich schon in diesem Budgetentwurf mehr Geld als wir haben. Also wir verteilen Geld welches wir nicht haben. Ein Teil des Geldes wo wir verteilen, haben oder nicht haben, kommt aus den Gebühren. Da gibt es nicht nur die Frage sein oder nicht sein, sondern haben oder nicht haben. Es gibt natürlich bei der Inflation immer das Thema das alles teurer wird und da bin ich natürlich auch geneigt auf die glorreichen Beschlüsse der Bundesregierung zu verweisen was es alles schon gegeben hat an Anti Teuerungsmaßnahmen. Es gibt den Klimabonus, der vielen ausgezahlt worden ist, was allerdings von vielen kritisiert worden ist als Gießkannenmethode. Es gibt die Senkung der Elektrizität und Erdgasabgabe. Es gibt den Netzkostenzuschuss, es gibt die Aufstockung des Teuerungsausgleichs. Es gibt die einmalige Familienbeihilfezahlung. Es gibt einen Teuerungsausgleich für den Transferempfänger. Es gibt die Vervielfachung des Pendlereuros. Es gibt die Vorziehung der Erhöhung des Familienbonus plus es gibt die Erhöhung der Grenzen für Wohnbeihilfen. Es gibt die deutliche Erhöhung des Heizkostenzuschusses. Es gibt die Erhöhung des Kindermehrbetrages. Also es gibt viele Maßnahmen die sich auf mehrere 1000 Euro pro Familie belaufen. Was der Bund versucht zu tun, das Land auch versucht zu tun oder tut. Und es gibt auch und das ist das wichtigste, eine ordentliche Einkommenserhöhung durch die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern das die Leute einfach entsprechend der Inflation mehr verdienen und es ist eigentlich Sinn der Sache dieser Lohnverhandlungen das man diese Teuerungen ausgleicht und es gab jetzt schon die Bemühungen der Bundesregierung das die Beschlüsse der Bundesregierung die sehr hoch sind wo es auch der Minister Rauch dann mal gesagt hat mehr können wir jetzt nicht mehr ausgleichen als wir eh tun wo sehr viel Geld verteilt wird und natürlich der Schuldenstand vom Bund nochmal erhöht wird. Dennoch können wir darüber diskutieren was macht eine Gemeinde mit den Gebühren. Es klingt natürlich ganz super wenn wir sagen wir erhöhen keine Gebühren und es freuen sich sicher auch alle. Man muss sich auch überlegen was genau welche Gebührenerhöhung heißt. Wenn ich David richtig verstanden habe er hat die letzten Tage sich ausgerechnet die Gebührenerhöhung bei Wasser und Kanal.

Melitta Kremmel: Schönen Abend auch von mir. Wir haben das im Finanzausschuss doch detailliert durchgesprochen und haben die Empfehlung einstimmig für dieses Gebührenmodell abgegeben. Zu dem was du gesagt hast Johannes, euer Mitglied war nur gegen die Liegeplatzgebührenerhöhung also nicht gegen alle Gebührener-

höhungen nur zur Verdeutlichung. Andreas du hast von 400.000€ gesprochen wo sollen wir die hernehmen? Wir machen es so, ich frage jetzt nur so Stimmungsbildmäßig wer wird der Subventionsliste zustimmen? Alle? Also es hat jetzt niemand irgendwo aufgeschrien also denke ich mir es wird zugestimmt. Machen wir es doch so, dass wir eine 0 Runde machen und dafür werden die 419.000 Euro die wir den Vereinen für laufende Kosten fördern streichen. Vorschlag? Das heißt also die Weihnachtsmannaktionen wo man mit dem Sack von Vereinen zu Verein geht und Förderungen ausschüttet die fällt ja dann weg. Klingt jetzt auch nicht irgendwie prickelnd oder? Bringt auch irgendwo beim Wähler nichts oder bringt keine gute Stimmung im Dorf, weil da redet man ja auch darüber. Man muss sich dann schon irgendwo klarwerden wo wir es hernehmen sollen. Nachdem die Situation ja so ist, dass wir 646.000 Euro im Minus sind und dann kommen also die 400.000 Euro noch dazu dann sind wir schon bei einer Million und eigentlich wollten wir ja 500.000 Euro einsparen. Das geht sich ja irgendwo nicht aus. Ich habe mir nur eine einzige Gebühr, weil ich gerade schnell im Internet geschaut habe, herausgenommen, weil es ja um die Wasser und Kanalgebühren geht. Nein Abfallgebühren habe ich mir herausgenommen. In Bregenz zum Beispiel muss eine 45 Quadratmeter Wohnung 12 Euro pro Monat also 144 Euro pro Jahr Abfallgrundgebühr bezahlen. Man kann es nicht ganz vergleichen, weil bei uns ist es ein 1 Personen Haushalt also wir sind ja gerechter, weil wir gehen nach den Personen die den Abfall erzeugen. Das sind 36,10 Euro im Jahr. Man muss da schon wenn man da vergleicht, Gemeinden hier und da kann ich mir nicht irgendwas rauspicken was da gerade argumentativ passt. Philipp zu dir wir haben uns wirklich im Finanzausschuss das wegen dem Essen doch länger darüber diskutiert und wir waren wirklich der Meinung das es besser ist den Menschen die es brauchen Hilfe zu geben als wir einfach sagen okay das lassen wir. Und was die Scham betrifft das habe ich auch gesagt man muss wirklich darauf hinweisen und muss es so kommunizieren, jeder Familie, jeder Person die halt fürs Essen aufkommt. Scham gibt es nicht mehr, weil es trifft jeden diese Teuerung. Natürlich den ein und den anderen ist es eh egal der zahlt es sowieso aus der Portokasse aber diejenigen die wirklich am Ende des Monats schauen müssen und überhaupt 10 Euro Rest haben da gibt es keine Scham mehr. Da muss man eben kommunizieren die Leute sollen sich nicht genieren es steht ihnen zu. Also von meiner Warte aus werde ich ja dieser Tarif und Gebührenordnung zustimmen aus mehreren Gründen und ein paar habe ich hier gesagt.

Bgm. Martin Staudinger: Also nur zum Beispiel. Diese Wasser und Kanalgebührenerhöhung zusammen. 1 Euro pro Monat, pro Kopf Wasser und Kanal zusammen. Gleichzeitig, Mario sitzt da. Müssen wir hier die Infrastruktur auf erhalten, wir haben gerade beschlossen eine UV-Entkeimungsanlage für die Qualität des Trinkwassers zu sichern. Also ich will nur deutlich machen, weil das natürlich vielen nicht so bewusst ist. Wir verlangen nicht einfach Gebühren, weil wir lustig sind, sondern wir haben natürlich Kosten und wir müssen diese Kosten decken. Wir wollen sowohl den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen natürlich mehr Lohn zahlen entsprechend der Inflation. Wir müssen Dinge kaufen wie eine UV-Entkeimungsanlage, das heißt da sind überall Kosten hinterlegt die wir real haben. Es kommt natürlich noch dazu, das möchte ich auch noch erwähnen, wenn wir von Energie reden wir nur darüber das die Stromkosten bei uns steigen, sondern Verbrauchsabgaben wo wir ja von der Bevölkerung auch wollen das sie Ökologischer und sparsamer mit Energie umgeht aber auch mit Wasser. Das ist halt auch ein Thema, wenn wir sagen Wasserverbrauch, Trockenheit im Sommer spart unbedingt das Wasser also das Element wo wir natürlich wie beim Energieverbrauch auch einen Preisfaktor haben. Wir sind beim Wasser und Kanal aber trotzdem 1 Euro pro Kopf und pro Monat. Da muss man nur die Fragen klären ist ein Euro pro Kopf und pro Monat etwas das Ressourcenverbrauch ist,

etwas was uns kostet. Ist diese Maßnahme was diese 1 Euro pro Kopf abändert, egal welcher Vorschlag heute noch kommt, ist das eine Maßnahme eine die eine richtige Sozialpolitik wo ich sage den einen Euro pro Monat entlaste mach ich wirklich Sozialpolitik da brauchen wir ganz andere Mittel um echte Sozialpolitik zu machen als 1 Euro pro Monat und pro Kopf.

Sanel Dedic: Guten Abend miteinander. Ich entschuldige mich gleich bei der Protokollantin. Ich werde nicht Hochdeutsch sprechen sonst wäre es besser ich würde Englisch reden. Grundsätzlich bin ich bei der Melitta. Es klingt sehr gut und es klingt auch sehr verlockend das man sagt wir lassen die Gebühren auf 0 und erhöhen wir gar nichts. Hilft allen Harderinnen und Hardern. Ob es Schlussendlich wirklich so eine gravierende und dramatische Hilde ist sei dann dahingestellt, wenn man ein bisschen die reellen Zahlen dahinter legt. Im Endeffekt kann man dann wie Melitta auch gesagt hat kann jeder rausgehen ins Dorf, kann auf Social Media posten, kann Blätter verteilen und sich auf die Schulter klopfen und sagen ach wie gütig und toll wir alle sind. Ob das wirklich Sinn der Sache ist sei dahingestellt. Des weiteren bin ich der Meinung, also wir werden es dann eh mal einbringen oder mit allen gemeinsam diskutieren all along glaube ich sowieso das es zwangsläufig kommen wir nämlich das man wenn es um den Umgang mit Ressourcen oder mit dem Verbrauch von Sachen Müll etc. geht würde es eigentlich sowieso ein Zweischiebiges Modell brauchen. Das man sagt wir rechnen mal einen Jahresdurchschnitt pro Kopf aus, den ein Mensch braucht oder verbraucht und der wird standardisiert und alles was überproportional darüber geht wird einfach exzessiv besteuert oder reguliert oder wie auch immer. Da sage ich dann muss eine Familie die für das Wasser zahlt eine sehr geringe Preissteigerung hoffentlich in Kauf nehmen aber jemand der sich halt zu Hause sein 12x7 Meter Pool füllen möchte kann das gerne machen, wird aber dementsprechend zahlen. Jemand der halt exzessiv viel Müll produziert kann das machen, wird das aber dementsprechend für die Allgemeinheit, das Geld kommt ja irgendwo anders zugute, kann das machen. So werden wir wahrscheinlich insgesamt in der Zukunft überlegen müssen solche Modelle anzuwenden um gewissen Sachen quer zu finanzieren. Dann eines ist jetzt leider Gottes bei dem Punkt ein bisschen vorweggenommen. Eigentlich wäre das ein Thema das wird wahrscheinlich im Laufe des Abends oder später kommen. Martin, dass es kurz angesprochen wird beim tagespunkt Budget per se ein Thema. Ich glaube vor allem das in der jetzigen Diskussion fällt uns der heurige suboptimal organisierte Budgetprozess auf den Kopf, weil jetzt genau diese Diskussion die wir heute in der GV haben ja eigentlich vorgelagert stattfinden hätte müssen in verschiedenen politischen Gremien. Ja ist jetzt halt so. Wir werden danach vielleicht noch mehrere Wortmeldungen diesbezüglich hören aber der Fairness halber, also Melitta hat ihr Statement schon abgegeben und deklariert sich da schon sehr klar. Trotzdem würde ich bitten, aus Sicht der Fraktion Grünes Hard das wir eventuell zu diesem Zusatzantrag vom Renee eine kurze Sitzungsunterbrechung machen das wir uns in den Fraktionen ganz kurz miteinander absprechen können, weil das davor nicht möglich war. Das wir da schauen ob es ein gemeinsames Bild ergibt oder was es für ein Bild ergibt bevor man dann in die Abstimmung geht. Das mal von meiner Seite. Dankeschön.

Herbert Motter: Schönen guten Abend. Dass man den Vereinen die Subventionen wegnimmt davon kann natürlich keine Rede sein aber ich glaube das zeigt ganz schön, dass wir jetzt in einer Debatte sind die man eigentlich über die vergangenen Monate/Wochen hätte führen müssen. Natürlich kommt jetzt die Frage auf woher die 400.000 Euro herkommen, wenn wir jetzt die Gebühren nicht erhöhen und da mal ein Symbol setzen. Diese Diskussion hätte ich mir im Vorfeld der Budgeterstellung gewünscht, weil genau um das geht es. Wir sitzen auch in einem Ausschuss und viele

von euch in mehreren Ausschüssen wo man dann halt einfach nur noch verteilt. Nämlich nach Wünschen und Ansuchen die es gibt. Viel schöner wäre es, wenn wir wüssten in welcher Situation die Gemeinde steht, in welcher Situation wir uns befinden wollen, wohin wir wollen und dann gehen wir her und schauen uns das in den einzelnen Ausschüssen an. Natürlich, und das nehme ich wieder vorweg. Das Ganze ist ein Verwaltungsbudget. Wir kommen in die Situation das die Verwaltung, logisch dank dir David hervorragende Arbeit macht und diese Themen alle aufarbeitet aber wir in den Ausschüssen sind dann entsprechend da um das zu verteilen und nochmal, wenn ich weiß wir sind in der Situation das Gebühren oder wir verteilen dort ein bisschen und dort ein bisschen was dann sage ich schrauben wir lieber die Gebühren runter. Darüber muss ich gar nicht diskutieren ob das jetzt 1,2 oder 3 Euro sind. Wir werden noch ganz andere Dinge erleben in den nächsten Monaten und da tue ich mir ein bisschen schwer. Martin das Argument von dir in den ganzen Arbeitgeber und Arbeitnehmerverhandlungen, die wollen ja genau diese Leistungen des Bundes ja überhaupt nicht mit einbeziehen das ist ja genau der Punkt. Für die kommt das ja überhaupt nicht in Frage die sehen das ja überhaupt nicht ein, dass man das entsprechend auch gegenrechnen kann. Die Arbeitnehmer akzeptieren das nicht, dass der Bund ja eigentlich schon relativ viel an Leistungen den Bürgern gibt und wollen aber trotzdem ihre 10 Prozent oder mehr. Also ich würde mir wünschen das wir mehr politisch diskutieren über Geld was wir zu vergeben haben oder was wir einnehmen sollen. Ich bin auch der Meinung das wir das Thema Ausgaben der Gemeinde durchaus auch kritisch politisch durchleuchten kann ohne jetzt unterstellen zu wollen das man da nicht genau nach dem Sparsamkeitsgedanken vorgeht aber ich glaube da gibt es Potenzial und da würden wir sonst jetzt nicht vor der Budgetabstimmung so massiv und intensiv über die Gebühren diskutieren. Auch mein Vorschlag, ich habe es da mit Sanel, lass uns kurz darüber beraten was wir machen können. Weil ich tue mir schwer dann dem Budget wirklich in der Art zuzustimmen.

Bgm. Martin Staudinger: Also ich lade euch gerne dazu ein, dass wir quasi die Debatte Budget jetzt dazu führen weil jede Änderung die wir jetzt machen, wenn wir jetzt sagen wir fügen das Geld für den Sozialtopf dazu. Also ich glaube man kann die Debatte jetzt gemeinsam führen, haben dann ein Ergebnis in der Diskussion und kann nachher dann sagen wir stimmen dem und dem so und so zu. Das wäre sinnvoller, weil die Zusammenhänge zwischen Einnahmen und Ausgaben sind da so wie ich gesagt habe.

Andreas Lunardon: Also vielleicht nochmal kurz zu den Gebühren zurück. Die Situation die wir haben ist ja folgende. Wir sind in einem Wirtschaftskrieg und wir wissen nur kurzfristig was sich momentan wie entwickelt. So wie wir das Thema gesehen haben bezüglich Energie, dass jetzt Deutschland hergeht und drei Atomkraftwerke bis im Mai oder bis in April verlängert. Wie ihr wisst bin ich ein ausgewiesener Gegner gegen Atomenergie aber wenn es um die Versorgungssicherheit geht ist mir das natürlich wesentlich wichtiger, dass man bestehende und gut funktionierende Atomkraftwerke weiterlaufen lässt. Das gibt einen gewissen Druck auf die Energiepreise das muss man einfach sehen. Das hat auch nachher den riesen Vorteil das Blackout Gefahren usw. reduziert werden, weil wir einfach eine Grundauslastung des Stroms haben. Das bedeutet aber auch, dass die Preise auf diese Art und Weise, wenn wir das so anschauen dann fallen werden. Das hoffen wir in dieser Art und Weise auch. Ich kenne Unternehmer wie letztes Mal gesagt, er hat 250 Photovoltaikanlagen auf den Dächern und kann sie nicht endverrechnen, weil der Inverter also sprich der Stromumwandler auf die 230 Volt fehlt. Er kann für nächstes Jahr keine verkaufen, weil er für nächstes Jahr bis 31.12. kein Angebot bekommt. So ist die Sachlage momentan. Wir haben Firmen in Vorarlberg die schon in Kurzarbeit sind. Das heißt aber

auch das dahingehend unsere Löhne fallen werden. Also sprich die Lohnsteuer die da kommt wird reduziert werden. Das ist die Sachlage in dieser Art und Weise wie wir sie gerade erleben. Wenn wir dann sehen das Leute Wassergebühr bezahlen, Kanalgebühr zahlen, Müllgebühr bezahlen usw. und die 1 Euro Geschichte die kommt ja immer drauf und drauf und drauf. Wenn du nachher ein 4 Personen Haushalt bist dann läppert sich das massiv zusammen. Dann hast du nachher Kurzarbeit wo du weniger Geld hast Gute Nacht. Wenn du dann nicht ein bisschen an Reserven hast, dann siehst du wirklich alt aus. Dieses Thema muss man wirklich im Kopf haben. Für das nächste Jahr würde ich einfach vorschlagen in dieser Art und Weise dass wir, wenn wir eh schon nicht unsere Projekte durchziehen können weil wir keine Preise also keine richtige verbindliche Preise klären und die aber steigen, je nachdem wer nachher anbietet, dass wir uns da zurückziehen und sagen es gibt jetzt einfach ein bisschen den Gürtel enger schnallen. Wir bauen weniger, wir machen weniger Investitionen. Beispiel 1 wo ich hier habe. Da ist eine Planung von der Heimgartstraße wo Bäume eingepflanzt werden, wo Inseln da sind. Die Heimgartstraße ist eine Quell und Zielverkehrssituation die wir haben. Wir haben hier eine Apotheke, wir haben dahinter etliche große Blöcke. Solche Sachen da reinzumachen finde ich wahnsinnig und kostet nur Geld das kann man auch anders produzieren also sprich die Straße höher machen. Das wäre die eine Situation. Ich habe David das Thema auch geschickt bezüglich der Ertragsabteile der Gemeinden. Die sind ziemlich hoch. Sind hoch ausgefallen. Ich bezweifle das wir sie in dieser Art und Weise, ich meine ich bin lange Jahre im Finanzausschuss gewesen und wir haben Budgets gemacht wo wir gemerkt haben Achtung da läuft irgendwas falsch. Der Bund gibt uns da Ertragsanteile an wo wir, wenn man das auf längere Sicht betrachtet unglaublich sind von unserer Seite. Jetzt wissen wir aber auch, dass der Bund eine Druckereimaschine im Keller hat. So wie er es jetzt hat das Budget wo 17. Milliarden Defizit hat also die 17 Milliarden holt er nicht von irgendwo her. Da lässt er die Druckerpresse rennen. Das Thema fällt uns irgendwann auf den Kopf und das ziemlich schnell. Wenn wir da nicht vorsichtig sind dann kann es sein das wir nachher ein Budget beschließen wo uns in dieser Art und Weise wehtut. Ich hole meine Informationen natürlich vom Gemeindebund. Österreichischer Gemeindebund. Also alle Gemeinden gemeinsam die 2045 Gemeinden. Da ist die Situation wie folgt. (Andreas Lunardon zeigt Fieberkurve die nicht in das Protokoll aufgenommen werden kann.)

David Lindner: Vielleicht ganz kurz zur Rechnung der Ertragsanteile im Budget. Das Finanzministerium macht regelmäßig Schätzungen. Eigentlich nicht das Finanzministerium, sondern Wirtschaftswissenschaftler die eine Entwicklung planen oder versuchen vorherzusagen und eine Prognose zu legen. Auch unser Budget ist mehr oder weniger eine Prognose und es stehen nicht die Zahlen drinnen die wir nächstes Jahr bekommen, sondern die wir momentan mit dem Wissen was wir heute haben errechnet haben oder über Quellen zum Beispiel Seitens des Finanzministeriums oder dem Land auch entsprechend zusammen bekommen oder ertragen haben. Wir haben gerade am 17. Oktober, also die Zahlen die wir in den Vorschüssen haben gerade am 17. Oktober das ist jetzt ganz kurz her eine ganz neue Prognose bekommen. Die heute geringfügig also ca. 300, 400.000 höher ist, als die ursprüngliche Prognose die wir aus dem Sommer haben. Man muss vielleicht hier auch dazu sagen, dass ich auch die Meinung vom Andreas teile, dass man nicht überschließend Ertragsanteile einplanen sollte. Eben mit dem Hintergrund, dass wir heute noch nicht wissen wie auch entsprechend die Entwicklung in der Zukunft sein wird und Prognosen sich in der Vergangenheit, nicht nur dort, sondern auch in anderen Ertragsanteilen, sich nicht immer als korrekt oder präzise herausgestellt haben. In dem Fall haben wir jetzt eine höhere Prognose bekommen. Das heißt ungefähr 400.000 Euro mehr als Ertragsanteile aus heutiger Sicht. Auch der Bund hat geplant das er rekordeinnahmen

in sein Budget bekommt. Ob er es wirklich bekommt wissen wir nicht. Laut Andreas eher unwahrscheinlich. Ich denke, dass dieser 400.000 Euro Puffer den wir aus heutiger Sicht auch haben und das wird auch die letzte Prognose sein vor dem Jahresende, dass wir da durchaus einen soliden Punkt haben. Wir haben jetzt in etwa einen Wert den wir 2022 bei den Ertragsanteilen erreichen und sehen werden. Das heißt der ist demnach auch aus meiner Sicht oder aus Sicht der Finanzabteilung plausibel. Deswegen ist momentan jetzt nicht die Gefahr, dass uns die Ertragsanteile, weil es eben Verschiebungen geben kann, uns hier erschlägt. Wir werden nächstes Jahr im Bereich der Lohnsteuern eine leichte Entwicklung sehen aus unserer Sicht also nicht aus der Sicht des Finanzministeriums. Diese planen unglaubliche Steigerungen. Eben die Lohnsteigerungen auf der einen Seite ist ein Thema. Wir erhöhen auf der anderen Seite auch gleichzeitig Kurzarbeit eventuell aufgrund der Energiekosten. Im Bereich der Umsatzsteuern werden wir wahrscheinlich eine entsprechende Entwicklung haben. Das heißt die Vorsorge das wir dann nächstes Jahr nicht dastehen und am Jahresende ganz traurig sind weil uns 500.000 Euro fehlen. Die ist momentan sehr gering und aus heutiger Sicht kann man davon ausgehen, dass wir die Zahlen erreichen werden und im Vergleich zum Budget, dass wir letztes Jahr gemacht haben wo wir auch die Prognosen eingerechnet haben, dass das Finanzministerium und Land uns zur Verfügung gestellt haben. Da muss ich schon sagen da sind wir ganz weit daneben aber für die Gemeinde positiv daneben, weil wir auf Basis der Prognose doch rund 1 Millionen oder vielleicht auch 2 Millionen das wird man dann sehen. Die letzten 2 Monate ausgeben werden. Ertragsanteile halten die wir übermäßig nicht geplant haben.

Andreas Lunardon: Also das heißt wir haben die neuesten Erkenntnisse auf dem Tisch. Das beruhigt uns in dieser Art und Weise doch sehr. Das heißt wir können das Thema mit den Gebühren in dieser Art und Weise machen, weil wir sagen können die Ertragsanteile werden in der Größenordnung sein wie sie momentan vorgeschlagen sind mit einer hohen Wahrscheinlichkeit und einer hohen Sicherheit. Das würde so passen. Ja das ist wichtig das sind die Zahlen vom Oktober und Oktober ist eine erschlagene Zahl.

Bgm. Martin Staudinger: Wenn ich den Andreas versucht habe richtig zu verstehen und auch das was er davor die letzten Tage mündlich gesagt hat. Macht er sich eher Sorgen um die Entwicklung des nächsten Jahres. Die Wirtschaftliche Entwicklung des nächsten Jahres ganz klar. Also würde ich sagen, weil ich das so verstehe du machst dir Sorgen um die Wirtschaftliche Entwicklung des nächsten Jahres machst du dir eher Sorgen das die Ertragsanteile niedriger sind, so habe ich dich verstanden.

Andreas Lunardon: Richtig also ich würde die Ertragsanteile aus meiner Sicht leicht senken.

Bgm. Martin Staudinger: Jetzt sagst du aber und das hast du die letzten Tage davor auch gesagt, dass du sagst du rechnest damit, dass die Situation viel schlimmer wird als gedacht also rechnest du mit geringeren Ertragsanteilen was uns eher in eine finanzielle bredouille bringen würde. Um es kurz zu sagen. Du hast gerade mit dieser Kurve bestätigt es geht extrem auf und ab. Und die Kurve beweist zum Beispiel egal an welchem Tag wir zum Beispiel ein Budget in diesem Jahr beschließen würden und egal wie hoch die Ertragsanteilprognose an diesem einem Tag ist, sie würde am Schluss nie stimmen, weil es nur eine Prognose ist. Also die Prognose stimmt nie. Ich kann jetzt zufällig einen Tag erwischen da ist die Prognose hoch und sage juhu es wird nächstes Jahr so. ich kann einen Tag erwischen da ist die Prognose niedrig dann kann ich sagen furchtbar. Die Realität wird immer abweichen. Das heißt egal

was wir reinschreiben, egal an welchem Tag mir ein Budget beschließen, die Realität kommt erst.

David Lindner: Vielleicht auch noch dazu die Prognosen die übertroffen werden. Also 2020 dass Corona Startjahr da sind die Prognosen nicht übertroffen worden. Ganz im Gegenteil da sind die Ertragsanteile entsprechend abgesunken. Da der Bund dann einen Vorschuss auf die zukünftigen Ertragsanteile belegt und diesen Vorschuss haben wir im Jahr 2020 genossen und 2021 mit den höheren Ertragsanteilen mehr oder weniger unsichtbar zurückbezahlt das heißt wir haben gar keine so harte Kurve gehabt. Wir hatten auch 2020 im Budget nicht so eine extreme Abweichung eben aufgrund dieser Konvention. Also da vielleicht nochmal als Ergänzung, als Information, dass es auch sein kann das die Prognose nicht erfüllt wird aber dass dann alle Gemeinde betreffend Österreich und die Gemeinden sich halt Träger vieler Infrastrukturen und eigentlich Basis allen gesellschaftlichen Lebens da ist dann tatsächlich das Land oder der Bund gefordert dafür auch zu unterstützen. Deswegen wie gesagt die momentanen Budgetwerte da würde ich mit ruhigem Gewissen sagen auf die kann man sich verlassen. Mehr weiß ich nicht. Also mehr würde ich mich auch nicht reinschreiben trauen auch wenn jetzt die Prognose eine Spur mehr darstellt.

Andreas Lunardon: Also dann wäre soweit das Thema klar. Wie wir es hier sehen. Die Ertragsanteile können wir auf Basis von dem so gelten lassen. Die Zeichen wo auf stumm stehen wir haben eine Schwimmweste an so wie ich das jetzt mitbekommen habe. Wir sind in dieser Art und Weise vorbereitet. Nichts desto trotz das andere Thema wo kommt, können wir überhaupt unsere Investitionen wo wir tätigen auch sinnvoll umsetzen, wenn nachher Rohstoffe usw. fehlen das ist das andere Thema. Macht das überhaupt noch Sinn, können wir das raus nehmen dann hätten wir für die Bevölkerung wirklich etwas hergebracht. Danke.

Marius Amann: Erstmal Danke David für das Budget. Du hast das fachlich sehr gut aufgelistet. Technisch ist ein Budget sicherlich wenig auszusetzen. Ich persönlich bin keiner der jetzt so exakt schaut und Sachen findet wie der Andreas oder der Georg. Das sind eher die Profis wo wirklich bis ins Detail schauen. Wobei sie über die Jahre bewiesen, dass sie viel entdecken und sehr exakt sind. Grundsätzlich ist es so das Budget ist in der Planung ist klar. Du Martin hast gesagt das wäre Geld was wir nicht haben. Es ist ein Blick in die Zukunft. Bei den Gebühren verteilen wir auch Geld und man sollte irgendjemand den man nicht hat jetzt im Budget verteilen.

Bgm. Martin Staudinger: Ich habe das so gemeint nur zur Korrektur. Immer dann, wenn wir Schulden machen, immer dann, wenn wir ein Minus abschließen dann verteilen wir Geld was wir nicht haben.

Marius Amann: David hat ja auch gesagt in diesem Zusammenhang seiner Meinung nach hat er die Ertragsanteile ich sage mal konservativ angesetzt nicht überaus positiv, sondern im Prinzip realistisch, dass sie auch halten werden. Das heißt das Ergebnis könnte auch wie heuer vielleicht wieder besser aussehen Ende 2023 das weiß man natürlich nicht es ist eine Planung. Grundsätzlich glaube ich wenn jetzt auch nochmal die Prognose von den Wissenschaftlern und ich vertraue auch das die Wissenschaftler Ahnung davon haben höher ist wie bisher, dann hätten wir den Spielraum für die Gebühren. Ich möchte aber noch darauf zurückkommen was Melitta gesagt hat. (Unverständliche Diskussion)

Bgm. Martin Staudinger: Nein die Melitta hat gefragt ob jene die sagen wir finden einen Spielraum von 400.000 Euro im Budget hat sie gefragt ob jemand den Spielraum

dort findet bei den Vereinsförderungen. Weil ja offensichtlich von eurer Seite der Spielraum ist nicht die Gebührenerhöhung abgesehen von dem minus was wir haben von ca. 600.000 Euro.

Marius Amann: Das ist genau der Punkt. Alle wollen im Prinzip auch wo wir jetzt heute stehen, wo wir sehr früh hier stehen wo wir auch gar keine Chance gehabt haben zu Diskutieren. Ich habe den Sport 5 Jahre lang gemacht, und habe mich für die Vereine eingesetzt. Im Prinzip Sportbudget hat früher so ausgesehen. Ich hatte den Ausschuss da hat man das Budget durchgearbeitet und hat dann mehrheitlich oder eine einstimmige Empfehlung gehabt vom Finanzausschuss. Dann habe ich aber als armer Sportausschussobmann vor Finanzausschuss und Gemeindevorstand antanzen müssen, habe mein Budget verteidigen dürfen und auch müssen. Ich habe erklären müssen warum der und der das braucht. Die Diskussionen waren sehr hart und dort ist oftmals in Diskussionen noch etwas raugestrichen worden. Da hat man gemeinsam geschaut ob man das wirklich braucht, kann man das vielleicht verschieben. 50.000 Euro hat man jetzt gestrichen als Hausnummer. Damit hat man natürlich geschaut wie sind die Posten. Man ist im Prinzip viele Posten durchgegangen. Ich glaube das ist im Prinzip das was Melitta gesagt hat. Man könnte salopp gesagt den Sportvereinen oder allen Vereinen 4.000 Euro weniger in Subventionen geben um die Gebührenerhöhung zu finanzieren. Ich glaube, wenn man über die Bücher geht und wirklich vielleicht gewisse Dinge kritisch hinterfragt und eine Chance hat auf eine politische Diskussion, manche Schmerzen akzeptiert die dann kommen und ich hatte den Sportausschuss und den Wirtschaftsausschuss, zwei Ausschüsse die eher geber-Ausschüsse sind wo Subventionen ausschütten sprich Ausschüsse wo natürlich der Finanzausschuss und der Vorstand gerne gekürzt auch haben das muss man auch sagen. Georg weis vom Tiefbauausschuss der wurde auch immer gekürzt. Das ist eine Diskussion die eigentlich immer sehr wertvoll und wichtig war wo man viel diskutiert hat und viel verteidigen musste. Man ist nachher schon auf einen gemeinsamen Nenner gekommen und die fehlt ein bisschen. Ich glaube damit könnte man sich auch ein bisschen mehr Spielraum erschaffen und Diskussionen eingeführt. Die war wertvoll. Es waren sicherlich 20 Stunden Sitzung die man jedes Jahr gehabt hat, wo man politisch die großen Projekte diskutiert hat. Wo man im Prinzip miteinander verhandelt hat was Sinnvoll ist und was nicht und auch mit externen vielleicht noch Rücksprache gehalten hat. Genauso zum Beispiel auch wenn es der Gemeinde nur zur Kenntnisnahme vorgelegt wird zum Beispiel auch ein SUFAB diskutiert hat und das fehlt heute komplett deshalb gibt es Diskussionen. Ich sage ich glaube man könnte sogar bei den Vereinen etwas holen Melitta und das glaube ich nicht, weil ich gegen die Vereine bin. Ich habe die Sportvereine unterstützt und ich gönne ihnen jeden Euro der ihnen den Saal im Budget geplant hat und das die Gemeindevertretung vergibt und die Subventionen auch noch vergeben wird. Das gönne ich jedem Verein. Ich bin der letzte der sagt den Vereinen muss man das kürzen. Aber ich glaube auch dort wäre wahrscheinlich etwas zu holen, wenn man darüber redet. Keine Rasenmäher Methode, sondern einzeln, Projektweise darüber redet und das ist der Prozess der heuer einfach komplett gefehlt hat. Wo wir auch schon im letzten Jahr bemängelt hat, dass das gefehlt hat. Das hat man jahrelang so gemacht das war ein guter Prozess und ich glaube das wäre wieder Interessant einzuführen. Dann könnte man vielleicht so, zu den Gebühren zurückkommend, einsparen um eine Gebührenerhöhung auszusetzen. Ich sage wir hatten keine Möglichkeit die Sachen zu diskutieren.

Helmut Staudinger: Ich danke dem David ich bin der Meinung das Budget ist gut aufgestellt und gut zusammengesetzt und gut kalkuliert. Ich möchte aber vorwegnehmen, dass es notwendig ist die Abgabengebühren moderat zu erhöhen. Ich bin einige Perioden im Finanzausschuss und bei der Gemeindevertretung und habe oft mit

Franz Bereuter seines Zeichens ÖVP Finanzminister oft diskutiert und er hat mir zur Antwort gegeben, wenn ich der Meinung war die Gebühren auszusetzen oder niedriger zu halten wir sind verpflichtet die Abgaben und gebühre richtig zu kalkulieren. In dem Zusammenhang habe ich mich überreden lassen und jedes Mal seinem Budget zugestimmt. Der Franz hat mir dann immer erklärt das Material, die Firmen erhöhen jedes Jahr die Rechnungen wir müssen immer mehr zahlen und der Tiefbau wird nicht billiger, sondern immer teurer. Wo ich mich mal für die Liegeplätze eigesetzt habe, habe ich zur Antwort bekommen geh halt mit dem Boot in die Nachbargemeinden dort zahlst du das Doppelte oder das dreifache. Wir sind in Hard weit billiger als andere. Ich möchte also schon zu bedenken geben, dass wir überlegen und die Gebühren und Abgaben vernünftig zu kalkulieren und auch so wie es im Budget vorgeschlagen ist zu erhöhen. Danke.

Daniel Marius Roll: Guten Abend. Ich wollte jetzt auch noch ein Statement abgeben zu den Gebühren. Wir haben jetzt viele Maßnahmen gehört die von Land und Bund schon den Bürgern zu Gute gekommen sind und da war auch sehr viel Gießkanne mit dabei. Wenn wir jetzt generell die Gebühren einfach nicht erhöht dann ist da das nötige Feingefühl bei einsparmaßnahmen für die Bürger meiner Meinung nach nicht wirklich gegeben, weil da auch wirklich Leute davon profitieren denen dieser 1 Euro nur nicht wirklich wehtun. Da bin ganz weit beim Sanel das man in Zukunft, und das könnte ja auch eine Aufgabe von uns sein, dass man möglich schaut was ist ein gewisser Grundbedarf an Dienstleistungen einer Gemeinde. Dass man die einfach mal kalkuliert und schaut und den deckelt und alles was dann als Mehrverbrauch oder Mehrkonsum dann auch wirklich vom Bürger verlangt wird und dementsprechend dann auch vergütet wird. Das wäre ein Prozess und nichts desto trotz würde ich sagen, dass wir heuer den Gebühren zustimmen. Auch weil natürlich die damit verbundenen Kosten die die Gemeinde hat natürlich auch steigen. Das wir im nächsten Jahr schauen, dass wir da irgendwie was finden, dass es genau in diese Richtung geht weil da bin ich voll dabei. Danke.

Bgm. Martin Staudinger: Ich habe das auch schon öfters angesprochen. Ich glaube die Zukunft bei Gebühren wo es um Verbrauch geht und wo es auch um einen Ökologischen Faktor geht brauchen wir eine Mischung und ich glaube da kann man sich mit der Ökologischen und der Sozialen Seite treffen, dass man sagt ein Grundbedarf muss sozial leistbar sein für alle Menschen und günstig sein. Aber mehr Bedarf muss entsprechend etwas kosten damit man die ökologische Komponente abbildet. Also sozial und dann ökologisch also quasi eine progressive Gebührenkalkulation bei Verbräuchen. Wir haben es bisher beim Wasser so gehabt, dass man wir es regressiv 2:15:25 gehabt haben je mehr Wasser du verbraucht hast desto weniger hast du für das Wasser bezahlt. Die größten Verbraucher haben in Hard ein zwölftel Wassergebühr bezahlt vom normalen Privathaushalt. Ein Zwölftel. Sie haben weniger bezahlt als wir überhaupt Entstehungskosten haben, dass wir das Wasser überhaupt rauspumpen. Das ist genau das falsche Modell. Jetzt haben wir mal diese Degression? abgeschafft dazu muss es eine Provision geben das wir sagen niedrige Gebühren für einen Basisverbrauch damit es sozial leistbar ist und für alle die mehr brauchen egal ob es der Pool ist oder etwas anderes das ist egal. Die müssen dann entsprechend höher vergibt werden ich glaube das wäre der sozial ökologische Gebührenstaffelung und ich glaube das ist sicherlich die Zukunft bei uns und vielleicht auch bei anderen Verbrauchsthemen.

Melitta Kremmel: Ich möchte Sanel auch noch auf das zurückkommen. Du Daniel was du gesagt hast das ist sicherlich ein guter Gedanke, wenn man diese ökosoziale Staffelung einführen könnte. Aber jetzt geht es speziell um die Kanal und Wasser

und andere zweckgebundene Gebühren- Es hat ja vom Prüfungsausschuss einen Prüfungsbericht dazugegeben 2021 und beschlossen also zur Kenntnis genommen war es Anfang vorherigen Jahres. Ich möchte schon darauf verweisen, dass es im Gemeindegesetz so heißt das Gebühren im Gegensatz zu Steuerabgaben für spezielle Verwaltungsleistungen sind und Gebühren in Verbindung mit dem Äquivalenzprinzip also mit dem Prinzip der Entsprechung von Gebühr und Leistung stehen. Das lassen wir mal so stehen um was geht es? Die Kanalgebühren die im Prüfungsbericht drinnen stehen sind knapp unterdeckt. Das war letztes Jahr schon so und es ist heuer so und es wird nächstes Jahr mit dem Budget was wir jetzt haben wieder so sein. Es wäre ja grob fahrlässig das muss man jetzt wirklich dazu so sagen auf diese Gebühren zu verzichten. Also wenn man auf die Erhöhung verzichten würden dann wären wir ja noch grober unterdeckt. Wir haben eine Unterdeckung. Also in Summe was die Kanalbenützung und Anschlussgebühren betrifft haben wir eine Unterdeckung also die war ja schon 2021 nur noch mit 96 Prozent war die Deckung gegeben. Hast du im Kopf wie es jetzt aussieht?

David Lindner: Wir haben ja noch zweckgebundene Rücklagen eben gerade für die Beseitigung und die wird jetzt schon eingesetzt auch bei dem Budget 2023 aus den zweckgebundenen Rücklagen damit wir hier Kostendeckend operieren können.

Melitta Kremmel: Das heißt wir müssen schon unsere Rücklagen angreifen damit sich das überhaupt ausgeht. Das Problem ist das wir gerade eben im Jahr 2021 eine Überdeckung mit 14 Prozent über dem Maß waren. In allen anderen Jahren davor es viel schlechter ausgesehen hat also das Jahr 2021 das war ja gerade noch die Ausnahme. Ich würde auf solche Problemfelder schon gern hinweisen, damit man sieht wie das alles miteinander zusammenhängt- Es macht keinen Sinn, wenn sie im Tiefbauausschuss dieses und jenes Kanalprojekt muss wieder erledigt werden und dann würde man auf die Gebührenerhöhung verzichten, wenn ja eh schon die ganzen Bauvorhaben mit einem gestiegenen Baukostenindex von 10,7 Prozent zu kämpfen haben. Aber das war jetzt nur ein kurzer Rückblick auf die Gebühren. Was das Budget betrifft war es im Finanzausschuss ja so, dass wir schon bereits im Mai einen Fahrplan festgelegt haben das eben am 4. Oktober eigentlich der letzte Ausschuss getagt haben sollte im Sachen Budget. Irgendetwas ist in der Kommunikation nicht o rund gelaufen abgesehen davon, dass alle Vereine oder die Sportvereine bis 30. September ihre Förderansuchen stellen konnten. Das war so im Finanzausschuss natürlich nicht so am Radar, dass das alles so knapp sich ausgehen könnte. Dann ist etwas passiert was der Herbert schon gesagt hat, was der Sanel schon gesagt hat und der Marius das es zu keinem politischen Diskurs gekommen ist. Dazu einen geringfügigen nämlich nur in den Ausschüssen und da wussten die anderen ja mehr oder weniger nicht sehr viel davon. Dadurch ist wie es der Herbert schon gesagt hat, dass es ein Verwaltungsbudget ist und nicht ein politisches Budget. Weil eben diese Verteidigungen in den verschiedenen Ausschüssen im Gemeindevorstand und im Finanzausschüsse wo es ja diese gemeinsamen Sitzungen immer wieder gibt eben nicht gegeben hat. Ich denke, dass man mit dem was man heuer gelernt hat, nämlich auf der einen Seite, dass es sehr gut ist einen straffen Plan zu haben und auf der anderen Seite der politische Diskurs nicht auf der Strecke bleiben sollte für das nächste Jahr eine Lernaufgabe und eine Hausaufgabe sein sollte. Das Budget selbst hat das eine oder andere Mascherl es ist kein riesen Geschenkpaket es ist eben der ÖBB Vorplatz, der Bahnhofs Vorplatz, das eine oder andere Tiefbauprojekt. Wie gesagt das ist kein riesen Geschenkpaket, sondern ja das eine oder andere ansonsten ist es ein solides Budget welches darauf achtet, dass wir nicht komplett in die Miese rutscht. Wenn man mit diesen Hausaufgaben in das nächste Jahr geht ist das sicher ein Budget dem man zustimmen kann.

Andreas Lunardon: Danke Melitta für das Statement das man Gebühren nicht übergebühlich erhöhen darf, sondern die sind so zu erhöhen das der Bürger nicht abgeschöpft wird das ist das Thema gewesen. Wir haben damals ziemlich viele Bautätigkeiten gehabt und das ist natürlich klar das nachher im Prinzip die Gebühren angepasst werden müssen an die tatsächlichen Kosten. Das ist wie gesagt normalerweise so. Beim Wasser sehen wir das Thema nicht da sind wir nämlich positiv. Ist also nicht unbedingt zwingend notwendig. Wenn man das anschaut die Gebühren sind 23 Prozent erhöht worden seit 2020. Wenn jemand auf die Homepage vom Bürgerservice geht das ist das erste was ich gemacht habe wo ich die Gebührenordnung gesehen habe bin ich auf die Homepage gegangen und habe mir das angeschaut und dann ist dort eine Zahl gestanden. Ich habe nicht genau hingeschaut, weil ich dachte das ist aktuell. Das war es leider nicht. Dann bin ich auf die 23 Prozent gekommen und bin zu Martin gegangen und habe gesagt kann es das sein, das wir hier 23 Prozent erhöhen? Ich habe mir das nachher nochmal beim Abwasser angeschaut und habe gesehen, dass da etwas nicht stimmt. Auf Basis von dem habe ich nachher das Thema gesehen, dass wir von 7,6 Prozent reden. Die Situation wo wir momentan haben ist folgende. Wir sind in einer Krise. Die Bevölkerung sollte in dieser Art und Weise für dieses Jahr entlastet werden. Das ist meine Devise wieso ich hier sage gehen wir bitte mit dem Antrag mit. Dass es nächstes Jahr anders aussieht ist auch klar. Wieso haben wir eigentlich damals vor ein paar Jahren diskutiert, dass wir gesagt haben die Gebühren passen wir dem Verbraucherpreisindex oder dem Bauindex anpassen. Der ist extrem tief gewesen und dann haben wir gesagt wegen einem halben Prozent wo wir raufgehen müssen das macht eigentlich keinen Sinn. Wir sagen einfach es geht immer wieder in die gleiche Richtung aber jetzt sieht es anders aus. Wir haben eine massive Erhöhung und wenn wir das nicht sehen wollen und das schwierige und das schlimme an dieser Sache ist wir haben letztes Jahr in Vorarlberg über 12.000 Leute gehabt die den Heizzuschuss angesucht haben. Jetzt sind es 14.000. Wie sieht es nächstes Jahr aus? Also es ist eine heftige Situation. Wenn wir jetzt nachher sagen okay wir nehmen die Hafengebühren dann verstehen das gewisse Personen nicht. Die sagen wieso haben wir nicht gemäht? Wieso haben wir hier keine Neuerungen drinnen? Das ist ein Thema wo wir massive Abschöpfungen haben vom Hafen. Es geht aber kein Geld in den Hafen rein. Das ist ein Punkt wo die Leute von draußen sich das anschauen und das sehen. Ein anderes Thema zum Beispiel sind die Gebühren für die Parkplätze die haben wir massiv erhöht. Wie gesagt es gibt ein paar Prozent Reduktion. Ist in dieser Art und Weise so. Es war wesentlich mehr. Wir haben die Budgetzahlen wie sie angedacht gewesen sind bei weitem nicht erreicht. Wieso? Wieso schaffen wir die Budgetzahlen nicht?

David Lindner: Also die wir uns vorgenommen haben für 2022. Weil wir auch diese ökologische Komponente mit den Ecopoints also durchaus eine Erhöhung haben bei den Parkautomaten aber alle Pendlerkarten, Vereinskarten usw. eine deutliche Entlastung haben, weil es nicht mehr diese 220 oder wieviel auch immer jahreskosten gibt, sondern deutlich geringere. Das hat jetzt selbst die Lehrer betroffen, Musikschule, Schule am See usw. die eigentlich bisher immer Jahreskarten gekauft haben. Jetzt nur noch wirklich, wenn sie mit dem Fahrzeug kommen und parken und auch einen halben Tag und der kostet 60 Cent. Also es hat eine massive Reduktion gegeben und das war in der Form nicht absehbar und deswegen auch auf Empfehlung von dir den Budgetansatz für das Jahr 2023 zu reduzieren auf den realistischen Wert der auch anzunehmen ist der 2023 erreicht werden kann.

Andreas Lunardon: Unsere Experten haben gesagt wir machen nur 10 Prozent Minus mehr geht nicht. Diese Leute fahren immer noch es ist also nicht wahr. Sondern wir

haben hier einen Umstieg. Das wollen wir ja teilweise auch. Das gleiche Thema, ich gebe euch jetzt nochmal ein Beispiel. Friedhofsgebühren. Ein Familiengrab kostet dann jetzt 470 Euro für 10 Jahre. Ist ein massiver Brocken. Wir wissen das größtenteils ältere Leute das haben wo ein tiefe Pension haben. Je mehr wir das erhöhen desto mehr Leute werden aussteigen und desto weniger Einnahmen werden wir bekommen. Das muss man einfach in dieser Art und Weise sehen. Irgendwann ist der Schnittpunkt erreicht. Das ist so wie bei den Steuern. Du kannst die Steuern raufsetzen und dann gehen die Leute eben Schwarz arbeiten. Da werden wir das gleiche haben und das wird beim Müll auch so sein. Das ist einfach eine Tatsache.

Daniel Marius Roll: Also ich bringe das mal mit meinen Worten rüber was im Parkraummanagement gelaufen ist. Wir haben die Erträge im Parkraummanagement nicht erzielt aufgrund der Ecopoints weil wir die Vereine entlastet haben ein Stück weit oder? Ist das so? Danke.

Bgm. Martin Staudinger: Es sind jetzt noch einige Dinge angesprochen worden. Es ist gut so, dass wir über alles reden in einer Budgetdebatte merkt man Budget da geht es um alle Themen die eine Gemeinde hat deswegen darf man auch über alles diskutieren und das ist auch sehr gut. Es sind ein paar Sachen gefallen wo ich sage, wenn wir über alles diskutieren es gibt gewisse Zusammenhänge. Andreas du hast gesagt die Parkgebühren da wurde die Summe nicht erreicht. Wir haben einerseits eine massive Entlastung für Vereine von denen ich mich daran erinnere wie heiß die Debatte gelaufen sind die armen Vereine die werden so belastet. Wir haben eine Entlastung für Vereine. Vereine parken günstiger als bisher. Das ist die eine klare Aussage. Und das andere ist entgegen manchen die sagen das ist eine Abzocke dieses wirkliche Anliegen dann ja auch wirklich ein Steuerungseffekt in Richtung eine andere Mobilität haben. Da muss man sagen angenommen es parken wirklich weniger Menschen das ist ja auch ein Ziel in Richtung einer nachhaltigeren, umweltfreundlicheren Mobilität. Dann ist das auch gut so. Parkgebühren sind nicht nur zum abzocken, sondern die haben ja auch einen Sinn. Einerseits um mal deutlich zu machen was kostet so ein Parkplatz eigentlich? Was kostet die Erhaltung so eines leider asphaltierten Parkplatzes? Was kostet eigentlich öffentlicher Raum? Aber es soll auch einen Steuerungseffekt haben, dass die Leute halt nicht parken, sondern vielleicht anders mobil sind. Wenn wir das erreichen dann ist das auch gut. Zu den anderen Zusammenhängen. Hafeninvestitionen, es wird kein Gras gemäht. Michi Huber? möchtest du kurz sagen wie oft wir Gras mähen über Wasser und unter Wasser?

Michi Huber: Täglich.

Bgm. Martin Staudinger: Täglich. Also der Bauhof mäht das Gras sehr wohl. Auch was das Seegrass betrifft hat man dieses Jahr deutlich mehr gemacht. Drei Mal See-kuh. (Wortmeldung Melitta) Der Platz hat eine Spezialbehandlung bekommen aber wenn es immer noch nicht reicht dann diskutieren wir das gerne noch einmal mit dem Bauhof. Zu den anderen Zusammenhängen nochmal. Also wenn ich die ÖVP Fraktion richtig verstehe ich habe das versucht am Anfang zu sagen es gibt diese Zusammenhänge. Einnahmen, Ausgaben und dazwischen gehen die Schulden hoch oder runter. Einerseits die Prognose lasst uns die Gebühren nicht erhöhen obwohl wir dann aber Unterdeckung haben. Lasst uns im Budget Geld schinden, was super ??? vom Marius. Machen wir nochmal eine Diskussionsrunde und finden wir bei den Vereinen noch Einsparungspotenziale. Nein es ist ja nicht böse gemeint aber es ist halt nicht so einfach, wenn man sagt ich gebe weniger Subventionen als vom Fachausschuss gewünscht. Der Finanzausschuss sagt überlegt es euch noch. Das ist ja alles nicht böse gemeint aber da merkt man schon verschiedene Ansichten und man

merkt wie schwierig das ist. Ich begrüße das wenn man sagt ja man will sich intensiver und der Finanzausschuss hätte da quasi mehrere Stunden die Ausschüsse noch durchgehen sollen. Was die Budgets betrifft kann man sagen. Der Finanzausschuss hat gesagt es gibt ein generelles Budgetziel das war Minus 500.000 und wir sind jetzt bei minus 646.000. Das hat der Finanzausschuss gemacht. Manche aus dem Finanzausschuss sagen ich kenne mich eh nicht aus im Fachdetail und ich will mich eigentlich nicht damit auseinandersetzen ob jetzt ein Verein 500 Euro bekommt, sondern ich möchte, dass die globalen Budgetziele eingehalten werden. Das ist die andere Auffassung. Wenn du aber sagst das hat man früher gemacht und das war super und man hat den Vereinen noch was runtergekürzt dann muss ich auf der anderen Seite aber fragen warum ist dann früher unter ÖVP Führung das Budget extrem aus dem Ruder gelaufen ist. Also offensichtlich war dieser Prozess auch nicht so erfolgreich das man da einen positiven Budgetabschluss hatte. Das heißt es würde mich interessieren, wenn man diese intensiven Sitzungen gemacht hat und Vereine gekürzt hat, warum ist dann das Budget damals immer wieder aus dem Ruder gelaufen? Warum hat man sogar Grundstücke verkaufen müssen? Also irgendwie war das Ergebnis vom Budgetprozess dann doch nicht, dass man einen Überschuss erwirtschaftet hat darum würde mich das interessieren.

Marius Amann: Ganz wichtig für das Protokoll. Ich habe die Vereine als Beispiel genommen, weil Melitta mit der Vereinsförderung angefangen hat und deswegen habe ich das Beispiel frei mitgezogen. Ich habe genauso das Beispiel gebracht, dass mit dem Tiefbauausschuss mit dem Georg Klapper massiv gekürzt hat. Ich bin nicht dafür, dass man die Vereine kürzt. Was aber am heutigen Abend beweist und da bin ich mir sicher. Es hat die gesamte politische Diskussion im Vorfeld gefehlt. Das Budget mag nicht schlecht sein aber man hatte keine Chance in dieses Budget zu diskutieren. Das ist Fakt. Kein Mitglied vom Vorstand, kein Mitglied vom Finanzausschuss, in den Ausschüssen teilweise, teilweise auch sehr notgedrungen sage ich mal und die Diskussion hat nicht stattgefunden. Das haben wir im letzten Jahr schon angeregt, dass diese stattfinden muss und du hast damals gesagt das machen wir im nächsten Jahr. Wir haben in den letzten Jahren dem Budget zugestimmt, heuer hat es noch weniger politische Diskussionen gegeben. Jetzt haben wir das Thema, jetzt haben wir ein Budget welches von David sicherlich sehr gut erstellt worden ist und dass die Wünsche oder die Themen oder die Beschlüsse der Ausschüsse die Empfehlungen der Ausschüsse auch beinhaltet. Über das Thema wurde bis heute nicht diskutiert. Die Diskussion fehlt komplett. Es ist ganz schwierig, wenn man als Gemeindevertreter nicht mal die Chance hat zu diskutieren und dann im Prinzip entweder das Budget ist immer das Problem das Budget ist fertig und wie du sagst Einnahmen, Ausgaben das sollte sich eigentlich in der Waage halten. Sobald ich bei einem Posten etwas mache wie zum Beispiel Gebühren nicht zu erhöhen muss ich auf der anderen Seite schauen auf der Ausgabenseite was kann ich machen, dass ich am Ende die Waage habe. Das hat man in einem Diskussionsprozess gemacht. Budget heißt immer extrem gesagt friss oder stirb. Ich kann das ganze nehmen oder ich kann das Ganze nicht nehmen. Früher hat man in Einzelgruppen abgestimmt auf den Antrag was eigentlich sinnlos ist, weil ich kann nicht sagen die Gruppe passt und diese nicht, weil das Gesamtbudget passt dann nicht mehr zusammen, wenn ich nur einzelne Sachen kürze. Ich weiß das geht nicht, ist nicht sinnvoll. Darum sollte man die politische Diskussion nicht erst führen, wenn das Budget komplett fertig ist. Ich weiß es ist viel Arbeit das Ding zu erstellen. Das man es nachher nochmal aufrollen muss zuletzt und es ist einfach sehr spät die Diskussion zu machen. Ich glaube trotzdem dass es sinnvoll wäre, wenn man sich trotzdem Zeit nehmen würde. Der Vorteil ist wir sind sehr früh im Jahr mit dem Budget. Man hätte die Möglichkeit zum nochmal die politische Diskussionsrunde reinzuschieben und das Budget erst in der nächsten GV zu be-

schließen. Das wäre eine Möglichkeit die wir grundsätzlich hätten. Um die Sachen die Themen diskutieren könnten schauen könnte wo man hinkommt oder wo es Verschiebungen gibt in allen Bereichen. Es können Vereine sein müssen aber nicht. Es kann der Tiefbau sein es kann der Hochbau sein es können alle Bereiche sein. Es können Investitionen sein die man plant. Da müssen wir über alle Bereiche gehen. Das ist eine Diskussion die komplett fehlt und dann kommen so Sachen raus wie du gesagt hast. Man hat doch gesagt man soll die Vereine kürzen. Das war ein Beispiel was man machen kann und wo ich sicher sage da gibt es sicher was. Es ist eines von vielen Rädchen die ich drehen kann und das muss ich politisch diskutieren was will ich, wohin will ich und was will ich machen.

Bgm. Martin Staudinger: Also das war jetzt nicht meine Intension dich so emotional aufzuregen. Die Nadine sagt es muss weniger Werte in meinen Aussagen. Ich habe eine Frage gestellt die ist nach einer Wertung und die Wertung heißt Geld also Geld ist ein Wert. Weil der Marius gesagt hat dieser Budgetprozess von früher war so super und man hat dann teilweise zum Beispiel bei Vereinen etwas rausgekürzt. War nur meine Frage nur warum wenn der Budgetprozess so gut war warum das Budget so schlecht war. Schlecht im Sinne von zu hohes Defizit. Das war meine Frage. Ich fasse zusammen. Der Zwischenruf war man hat viele Dinge gekauft und viele Dinge gebaut. Abgesehen vom operativen Budget welches ein Minus war und man sogar Zwischenfinanzierungen aufnehmen musste für das Jahr 2020. Also das hängt dann weniger mit dem zusammen, sondern mit den laufenden Ausgaben. Das ist keine böse Wertung, sondern eine Wertung von Zahlen nämlich die Zahlen haben einen Wert. Zu dem was Marius dann gesagt hat nochmal. Sozusagen es hat nie eine politische Debatte gegeben für dich. Wir haben einen Weg gewählt und wir machen das auch gerne so, dass ich jedem Gemeindevertreter sage was der Budgetplan ist. Wir haben es im Finanzausschuss wirklich diese Rahmenziele festgelegt. Den Prozess festgelegt. Der Finanzausschuss war aber im Mai da hat er gesagt das ist ein guter Weg den wir gehen wollen und diesen Weg sind wir gegangen. Dann war der Finanzausschuss im September wo wir eine Sitzung hatten wo wir das Budget auf der Tagesordnung hatten. Wieviel wir dann über Budget und Budgetdetails besprochen wird ist dann immer von der Sitzung abhängig. Das du nicht darüber sprichst ist klar, weil du nicht im Finanzausschuss bist. Dann hat der Finanzausschuss vor allem gesagt die Ausschüsse sollen sich das nochmal anschauen und dann hat der David auch den Sachbearbeitern gesagt bitte wir haben mit dem Finanzausschuss vereinbart eben das das bis 04. Oktober geschehen soll. Das ist ein Testbeispiel. Dann ist die Sachbearbeiterin von dem Ausschuss wo ich auch Vorsitzender bin ist zu mir gekommen und hat gesagt Martin da müssen wir einen Ausschuss machen und das Budget als Tagesordnungspunkt aufnehmen. Also sie hat es verstanden hat es mir gesagt und ich habe es auch verstanden und dann hatten wir den Ausschuss und haben das auch diskutiert. Also an dem Beispiel sieht man es hat funktioniert. Wir wollen nicht, dass es gesetzlich ein Thema ist aber gesetzlich ist es nicht notwendig aber das hat funktioniert also in dem Ausschuss sind wir dem Wunsch des Finanzausschusses nachgekommen. Dann hat es die gemeinsame Sitzung gegeben und das war auch irgendwie immer aquartiert dass es diese gemeinsame Sitzung gibt vom Finanzausschuss und Gemeindevorstand. Da haben wir tatsächlich weniger über das Budget Inhalt und Details diskutiert als über die Frage welche zwei Ausschüsse jetzt noch nicht getagt haben. Die Frage ist nicht von mir aufgekommen aber das war dann mehr Debatte als über das Budget im Detail. Es ist nicht so, dass wir die Debatte nicht führen wollten aber es war so. Dass wir diese verschiedenen Gremien so tagen in der Form das haben wir gemeinsam so vereinbart und das haben wir getan. So viel dazu wieviel politische Debatte es gab und natürlich gab es in den

Ausschüssen und mit den Sachbearbeitern halt auch diese Vorbereitung. Die Darstellung ist so sehr übertrieben. Wenn du sagst man soll sich das nochmal anschauen. Nochmal es ist wirklich nicht böse gemeint, dann ist das was du sagst schlägst vor Beispielhaft man könnte sich nochmal die Vereinsförderungen anschauen aber man könnte sich nochmal den Tiefbau anschauen und man könnte sich nochmal den Hochbau anschauen und da Dinge einsparen. Man könnte sich alles anschauen und nochmal alle Ausgaben hinterfragen und vor allem das waren Beispiele die man hinterfragen kann. Also dann müssen wir halt darüber reden, dass wir diese Dinge nicht tun obwohl die Ausschüsse gesagt haben das wollen wir tun und wo halt der Finanzausschuss das Budget angeschaut hat und sich vor allem und eigentlich bei der letzten Sitzung Finanzausschuss und GVO vor allem gefragt haben was jetzt diese letzten beiden Ausschüsse die an dem Datum noch nicht getagt hatten. Die Kernfrage der letzten GVO und Finanzausschusssitzung war was haben die Ausschüsse gesagt und was ist mit denen die noch nicht getagt haben. Das war die Kernfrage dieser Gremien und nicht wir hinterfragen jetzt alle Ausgaben. Ich sage es nur.

Sanel Dedic: Zunächst einmal ein bisschen eine moralische Keule muss ich hier schwingen. Auf das was der Andreas eingangs erwähnt hat. Nicht als persönliche Kritik aber ich möchte das ganz insgesamt in dem Raum allen sagen oder in den Raum stellen. Mir ist durchaus bewusst das wir aktuell in schwierigen und in sich doch verändernden Zeiten leben aber ich würde schon sehr dafür plädieren das speziell wir hier in Mitteleuropa wo man doch eher ein bisschen leben wie die Maden im Speck wohlgemerkt der Speck wird ein bisschen weniger und wohlgemerkt es gibt auch bei uns genügend Leute denen es in der Tat nicht so gut geht aber vor allem in angebracht der Menschen in der Ukraine denen wirklich Bomben um die Ohren fliegen und ganz andere Leute auf dem Planeten wo Krieg herrscht sollten wir uns schon bewusst sein das wir da nach der heutigen Gemeindevertretungssitzung alle in ein warmes Heim gehen mit einem gefüllten Kühlschranks und morgen hoffentlich alle warm duschen und arbeiten gehen. Das ein bisschen in eine andere Relation zu setzen. Dann Marius ich muss wirklich sagen bin ich irgendwie beeindruckt von deiner Emotionalität das gefällt mir auf einer gewissen Art und Weise. Es zeigt auch oder bzw. für euch vielleicht schön zu sehen jetzt spürt ihr vielleicht ein bisschen wie es uns die letzten 5 Jahren gegangen ist. So haben wir uns oft genug gefühlt. Trotzdem möchte ich versuchen oder appellieren zum Sachen so gut es geht ein bisschen zu versachlichen. Damit wir das ein bisschen versachlichen muss auch ich in eine gewisse Kritikkerbe reinschlagen. Martin du hast jetzt eine gewisse Ausführung gemacht, dass gewisse Sachen funktioniert haben stimmt sicherlich auch es haben in gewissen Ausschüssen Sachen vielleicht so funktioniert wie sie antizipiert worden sind in der Mai Sitzung vom Finanzausschuss. Das spreche ich nicht ab in anderen Ausschüssen also Beispielsweise ich kann es von meinen Ausschüssen definieren ist es nicht so glatt gelaufen wie es hätte laufen können. Die Information von meiner Sachbearbeiterin ist Ende September gekommen, wir haben uns am 22. September getroffen und da habe ich auch gesagt, du kannst dich noch erinnern wie wir im Rathaus gesessen sind okay das wir jetzt ein bisschen hektisch weil ich brauche eine gewisse Vorlaufzeit um die Ausschussmitglieder einzuladen wir müssen da dem Gemeindegesezt folgen da haben wir auch ein bisschen ein Fristenlauf. Dann braucht es ein bisschen eine Debatte und eben die Sportvereine die bis Ende September einreichen können, da ist der zeitliche Faktor und der zeitliche Spielraum für die politische Auseinandersetzung und politische Debatte und auch für die Rückkopplungen in Richtung der Vereine ist extrem limitiert. Ich sage wir hatten heuer das Glück das wir was die Investitionsansuchen und die laufenden Subventionen gehabt haben in einem doch sehr bekannten Budgetrahmen uns bewegt haben es waren jetzt keine größeren Überraschungen wo wir das Gefühl gehabt hätten aus dem

Sportausschuss da haben wir extrem viel Diskussionsbedarf. Darum hat es noch funktioniert. Wir hatten die Sitzung einen Tag vor Finanzausschuss. In der Tat wäre es mir auch lieber gewesen wir hätten ein bisschen mehr Puffer eingerechnet. Das wäre mir lieber gewesen und das ist wahrscheinlich für uns alle das learning für die nächste Periode, dass der Prozess anders organisiert und entsprechend kommuniziert gehört. Also organisiert kann er so sein aber alle müssen wissen, dass es so organisiert sein soll. Ich glaube dann können sich die Ausschussobleute auch danach richten und eben diese politische Debatte dann auch dementsprechend aufgleisen. Ich bin schon der Meinung und da bin ich beim Marius und beim Herbert und bei allen Melitta bei allen die das so kundtun. Diese politische Debatte braucht es damit wir eben nicht nur Verwaltungsbudgets haben, sondern damit quasi die Politik die wir machen auch in den Budgetzahlen ersichtlich ist und dort eingegossen wird. Das nächste Jahr werden wir das sicherlich anders machen. Dann speziell in meinem Fall für das Thema Sport. Irgendwie bin ich in einer etwas perplexen Situation für mich selber. Ich stehe hier vorne und erinnere mich an viele Vorjahre wo man teilweise ich weiß nicht was der Rekord war aber ich glaube einmal war es sogar April wo wir ein Budget beschlossen haben also April des laufenden Jahres, wo wir das Budget beschlossen haben und ich weiß das ich auch hier draußen gestanden bin mit dem Georg zusammen und getobt haben das es vorne und hinten nicht funktioniert und nicht geht oder und da war ich auch fuchsteufelswild ähnlich wie der Marius heute und habe auch den damaligen Bürgermeister gerügt. Jetzt haben wir eigentlich vom zeitlichen Faktor Idealsituation aber trotzdem muss auch ein bisschen eine Rüge sein, weil es mir jetzt schon fast zu schnell geht also da müssen wir irgendwie schauen ob wir vielleicht einen vernünftigen Mittelweg finden. Betreffend Sport noch 2 Sachen. Auf der einen Seite wenn wir uns das für die Zukunft vornehmen das wir zeitlich so unterwegs sind und ich kann dem viel abgewinnen das die Verwaltung das gut gebrauchen kann damit der operative Betrieb funktioniert. Wir müssen aber überlegen was für eine Konsequenz das insgesamt auf die Ausschussarbeit hat weil dann müsste Beispielsweise ich auf alle Vereine zugehen und sagen Freunde 30. September das ist knapp da müssen wir die Timeline für die Vereine anders definieren bezüglich diesen ganzen Ansuchen. Wenn das der Wille ist oder der Wunsch das wir das alle gemeinsam so machen dann ok. Dann müssen wir das gemeinsam so festsetzen das sich alle dementsprechend organisieren und orientieren können. Dann einfach nur der Vollständigkeitshalber weil das da jetzt so quasi hergezogen wird sollen wir Gebühren auf 0 lassen und dafür finden wir dieses Geld, diese 400.000 irgendwo anders. Also nur damit ich es euch gesagt habe wir werden ja später über diese Subventionsliste vielleicht etwas detaillierter eingehen. Alleine beim Sport reden wir von 487.000 Euro. 487.000 Euro. Wir können jetzt quasi eine 0 Runde machen und dann kann ich den Sportvereinen sagen ihr denkt gar nicht an Investitionen aber ihr bekommt gar nichts. Das klingt jetzt alles etwas polemisch aber da müssen wir schauen ein bisschen nochmal die Sachlichkeit walten lassen das wird so nicht funktionieren und das macht in meinen Augen auch überhaupt keinen Sinn. Nochmal Sitzungsunterbrechung vielleicht, dass man diesen Punkt dann mal interfraktionell diskutieren können. Dann hatte ich noch einen Punkt der mir jetzt aber wohl entfallen ist. Vielleicht findet sich noch ein anderer Redner. Vielleicht fällt es mir nochmal ein und ich komme später. Dankeschön. In den letzten zwei Budgetsitzungen oder in den letzten zwei Vorjahren diese Zahl das müssen wir uns schon mal überlegen und das ist auch eine politische Debatte sehr wert. Sportvereine, laufende Förderungen und Investitionsförderungen. 487.000 Euro für das Jahr 2023. Gesamtbudget der Marktgemeinde Hard 44 Millionen. Ergo, wir als Marktgemeinde Hard investieren 1 Prozent unserer Budgetsumme in das Thema Sport. Das müssen wir mal diskutieren und insgesamt über gewisse Themen drüber gehen und sagen was investieren wir über-

haupt wo. Also die Diskussion würde ich gerne einmal in einem Budgetworkshop oder was auch immer einmal führen.

Bgm. Martin Staudinger: Das ist ein Thema das scheint natürlich nicht immer so im Ausschuss bewusst auf. Du sagst jetzt die Subventionen an Vereine was wir an den Vereinen an Sachleistungen und Dienstleistungen erhalten von den Mitarbeitern vom Bauhof etc. aber auch natürlich die ganzen Sportanlagen SUFAB. Nur der Vollständigkeit halber.

Rene Bickel: Also Sanel das stimmt. Gott sei Dank geht es uns nicht so schlecht wie den Leuten in der Ukraine. Also wir haben einen vollen Kühlschrank und alles aber es geht uns auch nicht rosig. Ich will noch mal sagen eine Inflation wie seit 70 Jahren nicht mehr. Ich bin der Meinung das die Gemeinde da einfach nicht mitmachen muss, wenn sie eine Möglichkeit hat da dagegen zu steuern. Über die Gesamtsituation vielleicht finanziell ein Satz oder. Ich glaube wir müssen weder Vereine kürzen wo übrigens Martin da möchte ich dich korrigieren du hast gesagt die ÖVP Fraktion schlägt vor Vereine zu kürzen das stimmt sicher nicht das wollen wir nicht.

Bgm. Martin Staudinger: Nein das habe ich nicht gesagt. Ich habe die ÖVP nur in Zusammenhang mit früheren Budgets gewählt.

Rene Bickel: Also wir möchten weder die Vereine kürzen noch sonst etwas ich glaube das ist auch nicht notwendig um die Gebührenerhöhung, wir sagen ja nicht wir wollen heuer keine Gebühren einnehmen, sondern wir sind nur gegen eine Erhöhung heuer und ich bin der Meinung wir schaffen es auch als Gemeinde Hard so solide sind wir aufgestellt die Gebührenerhöhung 1 Jahr auszusetzen ohne dass wir die Vereine kürzen oder sonstiges. Zu der Gesamtlage der Gemeinde finanziell ist auch noch interessant vielleicht das möchte ich schon auch mal anbringen. Ich möchte jetzt aber nicht in eine lange Diskussion gehen. Da ist vor 1,5 Jahren noch gesagt worden und so dargestellt worden, dass die Gemeinde Hard quasi am Rande der Pleite ist und das ist in einer Dramatik propagiert worden wo jeder Harder gemeint hat jetzt und dann kommt der Fiskus und macht uns zu oder der Fiskus nicht aber sonst halt jemand, weil wir am Rande der Pleite sind. Das war nie so und das wissen wir glaube ich alle. Es kann nicht sein das 1,5 Jahre später die Gemeinde plötzlich wieder so solide dasteht weil sich ja alles so verbessert hat so ist es auch nicht. Mir ist es egal ob man auf die ÖVP der Vergangenheit immer schimpft und was die alles finanziell schlecht gemacht haben ich war nicht dabei. Viele die jetzt dabei sind waren auch nicht dabei. Man muss auch mal ehrlich sagen innerhalb von einem Jahr wird sich die Finanzlage nicht so sehr verbessern das alles wieder in Ordnung ist. Nein ich sage ich war natürlich als Ersatzmitglied auch dabei klar als Student in Innsbruck aber nicht involviert in Finanzgeschichten oder sonstige Dinge. Ich komme später nochmal darauf was ich damit meine warum ich das sage. Ich sage die Gesamtlage der Gemeinde Hard ist sicher nicht so schlimm, dass man jetzt, wenn man die Gebührenerhöhung einjährig aussetzt und da bin ich voll überzeugt davon und das ist nicht politisches und auch nichts taktisches. Ich bin wirklich überzeugt davon, dass das jedem Harder heuer helfen würde in diesem einem Ausnahmejahr und ich denke jeder Harder wäre froh wäre über das. Da betrifft es alle nicht nur ein paar punktuell. Natürlich wird es ein paar geben die es nicht brauchen aber die Mehrheit braucht es ganz sicher. Zu der Budgetdebatte insgesamt was man glaube ich meint mit der politischen Diskussion. Was wir nicht diskutiert haben, nirgends sind die großen Dinge und die großen Fragen wo wir eigentlich hinwollen. Wo will die Gemeinde Hard hin? Was will die Gemeinde Hard künftig zum Beispiel überhaupt noch alles anbieten? Was muss man anbieten? Was will man nicht mehr anbieten? Wo kann

man da einsparen? Ich denke diese großen Dinge sollte man diskutieren in einem Budgetprozess und nicht ein paar 500 Euro da oder da dort gebe ich dir Recht Martin absolut. Zu dem was du gesagt hast Melitta mit dieser Leistung und Nutzen das Gebühren auch einen Nutzen haben müssen. Nur so gerechtfertigt sein dürfen wie sie auch etwas angeboten wird laut Gesetz da hast du vollkommen recht. Ein Beispiel weil das auch schon genannt worden ist, ist der Hafen. Der Hafen, klar sagen immer viele das kommt als Argument das sind eh nur die reichen Bootsbesitzer das stimmt aber bei uns in Hard nicht. Wir haben einfach sehr viele Gundelfahrer zum Beispiel. Das ist schon mal das erste. Die nicht reich sind und nicht was weiß ich was. Die Hafengebühr erhöhen um das dann muss ich auch die Leistung wie du sagst erhöhen. Die Infrastrukturleistung im Hafen wird wegen dem aber nicht verbessert und wahn-sinnig viel angeboten. Also da sehe ich den Leistungsgedanken dahinter der gegen die Gebühr steht auch nicht so gegeben. Als letzter Punkt noch. Wie gesagt ich bin überzeugt davon, wenn man die Gebührenrunde heuer mal aussetzen in diesem Ausnahmejahr das es uns nicht in den Ruin treibt und das allen Hardern damit gehol-fen ist. Jetzt möchte ich einen Satz sagen und da komme ich wieder auf das zurück was ich ursprünglich gesagt habe, dass es mir eigentlich egal ist wie man schimpft über die ÖVP von Früher weil viele wahrscheinlich gar nicht dabei waren. Ist auch bei der SPÖ so darum möchte ich das auch sagen. Die SPÖ hat nämlich in der Vergan-genheit jedes Jahr den Antrag eingebracht das die Gebühren nicht erhöht werden und hat sich damit sogar gerechtfertigt, dass sie dem Budget nicht zustimmen, weil man die Gebühren erhöht. Ist aber egal, weil es waren andere handelnde Personen und das möchte ich fairerweise dazusagen das zählt für mich nicht mehr. Was für mich schon zählt ist das die SPÖ in ihrem Wahlkampf wie ich es eingangs schon ge-sagt habe Dinge vorgeschlagen hat, von gratis Kinderbetreuung über die Abschaf-fung der Müllgebühr oder Heizkosten usw. faire und leistbare Hafengebühren. Und jetzt redet ihr aber so davon wir müssen unbedingt die Gebühren erhöhen und das ist alles vergessen. Das wollte ich nur noch sagen in diesem Zusammenhang. Wir sind heuer dafür, dass man das aussetzt und gehen hier mit, weil ihr habt das ja immer schon so gewollt also müsste es für euch eigentlich passen.

Helmut Staudinger: Da bin ich gerade der richtige Mann, den man jetzt angespro-chen hat. Wir haben die Wasser- und Kanalgebühren immer, du weißt ja ganz genau, welche Adaptierungen drinnen waren, da hat immer die SPÖ, wie du richtig gesagt hast, gesagt, das geht nicht, die Rabattierung ist viel zu hoch gewesen und dann hat man immer deswegen das Budget abgelehnt. Aber nicht wegen anderen Sachen. Ich persönlich habe dem Buffet, also dem Budget im Finanzausschuss immer zuge-stimmt. Aber die SPÖ hat das Budget dann abgelehnt wegen dieser Rabattierung Wasser- und Kanalgebühren. Ich brauche die große Firma jetzt nicht zu nennen. Aber diese hat die große Rabattierung erhalten.

Bgm. Martin Staudinger: Also es wurde aus sehr wohl sozialen Gründen abgelehnt, das Buffet hingegen wurde aber nie abgelehnt. Ganz kurz noch von mir, Rene, du fängst mit der gleichen Rednerei an, also die Kolleginnen haben von der Seite ge-sagt, dass das Budget damals aus dem Ruder gelaufen ist, ihr habt gesagt, man hat Dinge gekauft. Man hat aber auch Grundstücke verkauft. Man hat einfach massiv – z.B. Grundstück Bommen – man hat massiv Grundstücke verkauft. Und man knallt jetzt ein Riesenprojekt hin, das uns alle noch beschäftigt und mit dem wir alle noch Sorgen haben, bis das umgesetzt wird. Also man auch sehr wohl Dinge verkauft. War falsche eben, sagt der Rene. Also man hat Grundstücke verkauft, wo Projekte jetzt entwickelt werden, wo wir sagen, naja. Und das, weil die Budgetlöcher extrem waren und dann haben wir gesagt, wie müssen eine Zwischenfinanzierung aufneh-men, nur damit ich mich bei den laufenden Ausgaben durch eine Zwischenfinanzie-

rung drüber retten kann. Also ja, das Budget war tatsächlich sehr, sehr, sehr schlecht. Du hast gesagt, es war nie so schlimm. Doch, es war schlimm. Später hast du gesagt: es kann ja nicht so super sein (weil es früher doch schlimm war, offensichtlich, also kleiner Widerspruch) – nein, es ist nicht so super. Wenn es so super wäre, dann hätten wir wirklich Geld zum Verteilen, das wir haben. Wie ich schon sagte, wir haben aber nicht Geld zum Verteilen, das wir haben, sondern wir verteilen ja momentan immer noch mehr Geld als wir haben. Darum haben wir immer noch ein Minus von rund 600.000 und wir nehmen immer noch neue Schulden auf für gewisse Infrastrukturprojekte (Kanal, Tiefbau etc.), die wichtig sind. Also ja, es war ganz, ganz schlimm vor ein paar Jahren, man hat sich nur durch Zwischenfinanzierungen über den laufenden Betrieb retten können und ja, wir stehen nicht so gut da, sodass wir sagen, es ist alles super. Wir haben nur die Trendwende eingeleitet, aber wir sind immer noch im Minus. Und dann war der zweite Widerspruch von dir oder in der Folgelogik der dritte. Weil du gesagt hast, ja, eigentlich stehen wir schon gut da, sodass wir locker auf die Gebührenerhöhung verzichten können. Also das ist dann doch wieder ein Widerspruch. Also vor drei Jahren sind wir nicht schlecht dagestanden, nicht so schlecht, wie ich tue. Jetzt können wir aber nicht so gut dastehen, weil wir so schlecht dagestanden sind, also so gut sind wir gar nicht. Aber wir sind doch so gut, da können wir locker auf ein paar hunderttausend Euro verzichten. Also es sind einfach diese Grundwidersprüche der Einnahmen, der Grundrechnungsarten, Einnahmen, Schulden, Ausgaben, die ich einfach kurz widerlegen wollte. Der Georg hat aufgezeigt, aber der Andreas, glaube ich, vorher. Und die Melitta auch. Darf ich noch kurz, entschuldige. Weil der Rene jetzt erwähnt hat und vorher ein anderer Kollege auch wegen den Hafengebühren. Oder der Rene zweimal. Bei den Hafengebühren muss man sagen: die außertourliche Erhöhung, ein neues System der Hafengebühren, die massive Erhöhungen brachte, wurde damals gemacht und nicht eine normale Valorisierung, sondern ein außerordentliches, neues Hafengebührenregime. Das ist bei den Liegeplatzbesitzern so aufgestoßen. Ich gebe auch zu, damals habe ich mir gedacht, super, man erhöht die Hafengebühren exorbitant, gleichzeitig führen wir Parkgebühren ein und gleichzeitig nehmen wir die reservierten Parkplätze im Auhafen auch noch weg, der für die Liegeplatzbesitzer nicht nur gratis war, sondern man dort auch nur mit Liegeplatzschein parken durfte. Da habe ich gedacht, das sind drei Sachen, das ist extrem viel. Hafengebühren erhöhen, Parkgebühren einführen und ich habe nicht einmal als Liegeplatzinhaber einen reservierten, also eben einen Bereich, der nur für Liegeplatzinhaber ist. Ein besonders toller Effekt ist, ich fahre jetzt immer mit dem Fahrrad und hinten den Kiki dran zum Boot und nie mit dem Auto. Also bei mir hat das funktioniert und ich freue mich rückblickend total. Wie idiotisch ist es, bei schönem Wetter mit dem Auto zum Boot zu fahren? Da kann ich mit dem Fahrrad bis vor das Boot fahren und wenn ich jetzt mit dem Auto fahren würde, bin ich draufgekommen, brauche ich gleich lange bis zum Boot, weil bis ich eingeparkt habe und den Steg rausgegangen bin im Auhafen, da bin ich langsamer als wenn ich generell mit dem Fahrrad fahre. Also bei mir hat es funktioniert. Der Steuerungseffekt vom Parkraummanagement. Aber das war nochmal die außertourliche Erhöhung der Liegeplatzgebühren und das ist da, was die Leute kritisiert haben. Und das was wir machen, ist nur eine Valorisierung entsprechend des Indexes. Wir machen keine außertourlichen Erhöhungen – bei keinen Gebühren – sondern wir machen nur die normale Indexanpassung. Das ist das, was wir als moderate Gebührenerhöhungen, die wir auch in unseren Flyern versprochen haben. Moderat halten heißt, wir erhöhen nichts, sondern wir tun es nur, entsprechend des Grundsatzbeschlusses, die auch mit anderen Mehrheiten damals 2013 oder so gemacht wurde, dass man gemäß dem Grundsatzbeschluss einfach eine Wertanpassung macht, sodass die Real-Gebühren gleich hoch bleiben. Wobei ich mittlerweile auch der Auffas-

sung bin, dass man gewisse ökologische Komponenten einfach stärken sollten, um hier auch einen Lenkungseffekt zu erzielen. Danke.

Georg Klapper: Gut, wir haben schon so viel darüber geredet, da kann ich mich einigen Vorrednern anpassen, da möchte ich nicht mehr viel dazu sagen. Was aber zum Beispiel schon so gesagt werden muss, ist, dass diese früheren Budgetdebatten, die es gegeben hat, nicht unbedingt so wahnsinnig toll waren, speziell aus meiner Perspektive damals mit dem Ausschussvorsitz. Wir haben einen Tiefbau-ausschuss gehalten, haben dort die Projekte gereiht – im Rahmen dessen, was wir uns überlegt haben. Dann hat es danach eine Besprechung gegeben mit dem Bürgermeister und dem Franz Bereuter und da wurde kräftig weitergestrichen. Und dann gab es eine 4- oder 5-stündige Budgetdebatte – es waren immer 2 oder 3 Budgetsitzungen. Da ist man dann dabeigesessen, wo etliche andere Sachen diskutiert wurden und dann ist der Tiefbau drangekommen und dann hat der Finanz-ausschuss dem Tiefbau noch einmal Straßen rausgestrichen oder Kanal – man hat gesagt, das könne man auch nächstes Jahr machen. Am Schluss bin ich drinnen gesessen und habe mir gedacht, wofür haben wir eigentlich den Tiefbauausschuss gemacht, weil eigentlich bestimmt der Finanzausschuss, welche Bauprojekte wir machen und nicht der Tiefbauausschuss. Nachdem mir das zweimal so gegangen ist, habe ich gesagt, das will ich anders haben – ich möchte haben, was ist überhaupt die Schmerzgrenze, was wir machen können im Tiefbau, das Geld wird im Tiefbauausschuss gereiht und danach, wenn es in das nächste Gremium geht, dann ist das klar, dass diese Projekte von den Fachleuten im Ausschuss sortiert worden sind und es gibt nicht mehr und es gibt nicht weniger. Und in den weiteren Budgetdebatten, die sind dann auch wieder 4 Stunden gegangen, hat der Tiefbau genau 5 Minuten gebraucht, weil das alles schon vorher geklärt war. Und so ist es eigentlich auch jetzt. Wir haben einfach einen bestimmten Rahmen. Das sind 3 o-der 4 Millionen, je nachdem, was jetzt für größere Projekte dabei sind und das wird in diesem Ausschuss debattiert. Der Budgetrahmen ist vorher geklärt und wir müssen nicht fürchten, dass wir nachher von einem Haufen Leute, das nochmal alles aufzuschnüren und zu zerlegen, weil es einfach hinten und vorne keinen Sinn macht. Es gibt sicher andere Ausschüsse, wo das Mitdiskutieren von anderen Gemeindevertretern durchaus Sinn macht, doch man muss auch schon etwas von den Ressourcen von den Diskussionen auch vernünftig umgehen und das war früher, also als ich den Ausschuss übernommen habe, war das also überhaupt nicht so. Was jetzt die Gebühren als solche betrifft: wir haben massive Gebührenerhöhungen im Abwasser, das liegt zum Teil auch darin, dass einfach der Klärschlamm nicht mehr so wie früher entsorgt werden kann, das heißt der Abwasserverband verrechnet mehr, weil die ja Riesenprobleme haben, diesen Klärschlamm fort zu bringen. Es ist noch nicht beschlossen, dass wir irgendwo in näherer Umgebung eine Klärschlammverbrennungsanlage haben, deshalb muss man diesen in die Schweiz oder sonst wohin führen und das kostet. Beim Trinkwasser detto. Wir haben heuer das Problem gehabt, dass wir über den Notverbund haben müssen Wasser zukaufen, damit wir unseren eigenen Bedarf gedeckt haben, weil das Pumpwerk 3 nicht durchgängig in Betrieb war. Und bei diesen Geschichten haben wir also definitiv draufgelegt, weil wir das Wasser teurer zugekauft haben, als wie wir es zum Teil weiterverkauft haben und jetzt kommt es dazu, dass man im Pumpwerk 3, damit man das Wasser weiterhin verkaufen oder nutzen können, dass wir eine UV-Entkeimungsanlage (Kostenpunkt etwa 250.000 Euro) jetzt nachrüsten dürfen. Also ich würde schon vorschlagen, dass, nachdem das Ganze durchaus überlegt worden ist, da auch der Finanzausschuss nicht komplett an der Realität vorbei diskutiert hat, dass man diese Gebühren – es nützt ja nichts, wenn man jetzt aussetzt bis nächstes Jahr, weil dann haben wir ja diese Erhöhung, die wir den Kostensteigerungen gegenüberstellen, das verlieren wir dann im nächsten und im übernächsten und im da-

rauffolgenden Jahr auch. Das heißt, ich halte es für zweckmäßig, dass man den Leuten, denen es wirklich schlecht geht, dass man denen in gewissen Sachen entgegenkommt. Ich denk da zum Beispiel an die Mittagessen in den Schulen. Und es gibt sonst noch ein paar Sachen, wo man mit einer gewissen sozialen Treffsicherheit was machen kann mit dem Geld, das wir verwenden können. Aber ich würde jetzt nicht vorschlagen, dass wir das gesamte Budget nochmal aufdröseln oder verschieben, weil es ist ja auch als nächstes die Subventionslisten. Die Vereine können in dem Moment, in dem wir das beschlossen haben, diese Subventionsliste und das Budget, dann können die anfangen mit ihren Planungen. Es können die Fachabteilungen im Rathaus anfangen mit ihren Infrastruktur-Planungen, das hängt alles an dieser Geschichte dran und wie gesagt, nächstes Jahr etwas andere Vorbereitung, haben wir gesagt, müssen wir jetzt nicht noch einmal ausbreiten. Aber jetzt das Ganze noch einmal aufzudröseln oder die Gebühren jetzt einfach zu belassen auf dem letztjährigen Stand bei den massiven Kostensteigerungen, die in diesem Bereich auf die Gemeinde zukommen, das halte ich nicht für die richtige Vorgangsweise. Und wenn man jetzt zu den Abstimmungen kommt, wird es halt so sein, dass man der Reihe nach diese Geschichten sortiert. Der weitestgehende Antrag wäre, wenn ich das richtig verstehe, von der ÖVP, dass man komplett die Gebührenerhöhung auslässt. Von der FPÖ, dass man das auf 5% deckelt, vom Philipp, dass man das mit dem Essen in einer sozialverträglichen Geschichte macht bzw. auf die Gebührenerhöhung beim Mittagessen oder halt bei den Kostensteigerungen beim Essen verzichtet und dann gibt es noch den ursprünglichen Ansatz, wie er vorgestellt worden ist. Also ich glaube diese vier Stufen der Abstimmung werden wir jetzt irgendwann – vielleicht nach einer Sitzungsunterbrechung – diskutieren und dann wird da irgendetwas entschieden werden.

Bgm. Martin Staudinger: Die Zusammenfassung für eine Sitzungsunterbrechung nach der Wortmeldung von Andreas Lunardon.

Andreas Lunardon: Ja, ich habe da eine ähnliche Geschichte. Wenn man den Großverbraucher anschaut, ich weiß nicht, ob das jeder weiß hier drinnen, einer davon ist die Landesfischereizuchtanstalt. Wir haben damals das Thema gehabt, wo der Vorstand gesagt hat „Schweineerei“, die sollen gefälligst zahlen, wieso bekommen sie so günstig das Wasser von uns geliefert. Die Alternative ist, dass die Fischereizuchtanstalt einen eigenen Brunnen schlägt und wenn das der Fall ist, dann schaut die Situation ganz anders aus. Das heißt, wenn wir jetzt als Beispiel 20% Strom haben und den Rest an Löhnen und Infrastruktur, wo wir Abschreibungen haben und so weiter. Wir haben 50% Rabatt gegeben, wie schaut dann danach die Rechnung aus? Das heißt, wir müssen nachher die Gebühren noch einmal erhöhen, weil die tragen einen Teil der Investitionen und einen Teil von den Personen, also von den Löhnen halt. Das möchte ich einfach zu bedenken geben. Darum haben wir damals beschlossen gehabt, diese Rabatte sind in Ordnung, macht auch Sinn, weil beide haben eine Win Win-Situation. Der Punkt an dieser Sache ist, der Große schlägt einen Brunnen und bezieht das Wasser von dort und bezahlt uns nichts für das Zeug. Dann kommen wir nochmal zurück mit einem Spruch – ich habe ihn vor vielen Jahren schon einmal gebracht – „Die Sichtweise der Welt liegt im Auge des Betrachters“. Martin, du hast es schön gebracht, dass man jetzt die Vereine entlastet hat, die Sichtweise von den Vereinen schaut aber so aus: vorher habe ich gar nichts bezahlt, dann habe ich massiv bezahlt und danach gibt es ein Parkraummanagement und dann gibt es eine leichte Entlastung. Aber vorher haben sie gar nichts bezahlt.

Bgm. Martin Staudinger: Vorher haben sie gar nichts bezahlt, dann haben ÖVP und FPÖ gemeinsam Parkgebühren eingeführt, dann haben sie mehr bezahlt und wir haben sie jetzt entlastet.

Andreas Lunardon: Die Sichtweise der Welt liegt im Auge des Betrachters. Die Vereine sehen das ein kleines Bisschen anders. Ich habe dir auch gesagt, wie das die Leute sehen. Ob die eine Münze reinwerfen und danach kommt das Parkraummanagement mit einem Auto, einem SUV, daher und dann sagt er, stopp einmal, das ist ein neuer SUV, den habe ich finanziert mit meinen Parkabgaben, die ich habe, was auch so ist. Manche Leute bekommen zu diesem Thema einen dicken Hals. Ich habe auch schon über dieses Thema geredet gehabt, das hat eine sehr schlechte Optik. Das möchte ich damit sagen. Also der Bürger fühlt sicher hierbei – und darum habe ich das auch gebracht – nachher nicht gut. So und das letzte: Politik heißt Realitätsbewusstsein. Und das ist das Thema mit diesen Parkraumgebühren, wo wir drinnen haben. Die Sichtweise ist dort einfach jene, dass sich die Leute abgezockt fühlen. Das ist einfach ein Thema und das muss man hernehmen und da kann man nachher sagen, was man will, es nützt nichts, der Bürger hat seine eigenen Rechte und seine Stimmung, die er überbringen will. Danke. Eines habe ich noch vergessen, Entschuldigung, ich bin ja einer von denen, die hier drinnen am längsten ist und viel mitgemacht hat. Also, die Situation, wenn ich zurückdenke, haben wir viel mehr Gründe gekauft als verkauft. Wir haben 3 Schulen gebaut, wir haben Turnhallen gebaut – also das ist nicht einfach Nichts. Wenn man das Vermögen von der Gemeinde sieht, was dasteht als Guthaben, ist das kein Klacks. Danke.

Bgm. Martin Staudinger: Dankeschön. Rene stellt nochmal den Antrag und kommt nochmal vor.

Rene Bickel: Gleich, ja. Nein, auch nur nochmal einen Satz als Antwort, Martin, weil du gesagt hast, ich habe mir drei Mal widersprochen, nur nochmal wie ich es gemeint habe: Also ich wollte damit sagen, dass die Gemeinde Hard wahrscheinlich nie so schlecht dagestanden ist, wie es dargestellt worden ist, weil es ein Jahr da-nach, also jetzt auf einmal, an was mache ich das fest, dass es auf einmal nicht mehr dramatisch ist, denn wir reden von einem Strandbad und da sagen wir 1,3 Millionen für Planung sind locker möglich und wenn ein Sachbearbeiter und ein Pohl vorstellen, dass mit Sanierungen irgendwie Einsparungspotential besteht, dann sind wir da auch nicht dafür und verzichten da auf ein mögliches Einsparungspotential. Also sind wir finanziell ja nicht so am Ruin, wenn solche Dinge möglich sind. Also der Antrag, genau, zur kurzen Vorstellung: ich wollte eigentlich nicht mehr viel, ich habe es eh vorher schon gesagt, wir sind dafür bzw. wir bringen als Antrag ein, dass man diese Erhöhung heuer einmal aussetzt, mit Ausnahme – möchte ich noch dazu sagen – weil das kann man ja beschließen, dass die Quadratmeterpreise auf 900 € erhöht werden, die Gästetaxe und die Zweitwohnsitzabgabe, die kann man auch erhöhen, aus meiner Sicht, das ist auch ok. Nur der Rest, das was alle Harder Bürger betrifft – nicht.

Marius Amann: Bei den Müllgebühren müssen wir mit.

Rene Bickel: Nein, muss man nicht.

Bgm. Martin Staudinger: Ja, zu den Müllgebühren haben wir noch nichts gesagt, weil natürlich haben wir es jetzt nicht blitzschnell im Vortrag noch dabei. Ja genau, also man verwendet es dann gerne in der politischen Debatte, aber wir wissen natürlich auch als realitätsnahe Betrachtungsweise, dass wir da mitgehen müssen. Ich muss noch kurz Stellung nehmen, weil der Rene dankenswerterweise Planungskosten fürs

Strandbad erwähnt hat, und die Kosten nochmal: also es ist falsch dargestellt worden oder halt die Aussage übernommen, die inhaltlich falsch war von dir, wenn man die Lebenszyklus-Kosten ansieht, haben wir uns klar dafür entschieden, dass die Sanierung hohe bzw. noch unabschätzbare Kosten haben könnte der Becken-situation und dass man die ganze Technik erneuern muss und dass die, wenn man sich den Lebenszyklus betrachtet, wir uns deswegen für einen Beckenneubau entschieden haben. Aber wenn du Planungskosten für das Strandbad ansprichst, die hat es tatsächlich gegeben. Die hat es 2014 schon gegeben. Die Planungskosten fürs Strandbad, es war ein Architekt*innenwettbewerb und es hat sogar Preisträger*innen gegeben: 70.000 € haben die bekommen – ich habe zwar gehört, man hat noch irgendwas drehen, also irgendwas regeln müssen, dass die zwar den Preis bekommen, obwohl man nichts baut. Also es gab tatsächlich Planungskosten. Es gab noch mehrere Planungskosten in der Vergangenheit, weil du die Hafengebühren angesprochen hast und gesagt hast: Den Hafengebühren muss eine Leistung entgegenstehen. Es hat tatsächlich die Verrechnung gegeben: Durchstrich - Hafenplanung - Durchstrich - Loop als Stichwort, da wurden glaube ich 400.000 oder 500 000 € verbucht auf dem Konto der Hafengebühren, die die Bürger zahlen, für diese Hafenplanungen von mehreren hunderttausend Euro, die auch in den Sand gesetzt wurden oder in den See gesetzt wurden. Also ja, Planungskosten hat es in den vergangenen Jahren viel gegeben. Du warst noch Mitglied dieser Fraktion. Aber es hat tatsächlich viele Planungskosten gegeben und da haben sich Leute auch geärgert, dass man viel Geld für Planungen ausgibt, die nicht verwirklicht werden. Also in dem Fall war es recht, dass man nicht verwirklicht. Aber mit den Hafengebühren, es steht eine Leistung den Hafengebühren gegenüber. Es gibt auch Strombezug für Liegeplätze – wir müssen auch bedenken, dass auch der Strombezug bei Liegeplätzen verfünf- oder versechsfache Stromkosten haben bei Liegeplätzen. Wir wollen aber in Zukunft auch, wenn ich gerade „Strom“ ausspricht, bei Liegeplätzen auch investieren in mehr Stromanschlüsse, damit wir auch in Richtung Elektroboote mehr machen können. Aber das habe ich eben noch sagen müssen wegen Planungskosten und Hafengebühren.

Rene Bickel: Ich habe nur noch einen Satz, dann bin ich fertig: Als Antwort – du hast vorher zum Daniel? Gesagt „Daniel, das stimmt, da gebe ich dir Recht, viele Planungskosten.“ Nur, was man dazu auch sagen muss: 1,3 Millionen für die Planung jetzt ist relativ viel, oder? Man hat 2014, wie du richtig sagst, viel geplant und auch viel ausgegeben für Planung, auf eurer Homepage sind alle diese Pläne noch veröffentlicht und die hat man jetzt alle in den Müll geworfen und fangt wieder von vorne an zu planen und zahlt zusätzlich wieder 1,3 Millionen – das muss man fairerweise dazu sagen.

Bgm. Martin Staudinger: Man muss fairerweise dazu sagen, dass in den letzten 15 Monaten, als wir ganz oft über das Strandbad diskutiert haben, den Planungsprozess festgelegt haben, im Gemeindevorstand in dem du sitzt, im Gemeindeentwicklungsausschuss, der Gemeindevertretung – du nicht vor 15 Monaten gesagt hast: „Du, Martin, machen wir es doch ganz einfach: nehmen wir doch den Sieger von 2014!“ Hättest du das doch mal vor 15 Monaten gesagt und nicht kurz vor der Abstimmung der Gemeindevertretung, da noch eine Frage stellen: „Könnte man da nicht Sand aufschütten und dann eine Presseaussendung machen?“ „Könnte man da nicht Sand aufschütten“, obwohl klar geantwortet wurde vom Hagen Pohl: „Das geht nicht“ und ich haben dann noch den Geschäftsführer der SUFAB gefragt, und hab gesagt: „Du, Erich, warum haben wir die letzten Jahre eigentlich nie Sand aufgeschüttet?“, dann sagt er: „Naja, wir tun eigentlich eh jedes Jahr vom Sandplatz dann in den Kinderbereich Sand schütten und der Sand der frisst jedes Jahr, wenn wir ihn reinschütten quasi den See auf.“ Also ja, ihr seht, er hat sich da ganz klar geäußert, man tut's im

Kinderbereich eh, aber der See schluckt das. Das wurde auch am Hagen Pohl geantwortet und trotzdem machst du die Presseaussendung – aber egal, wir wollen nicht zu weit vom Thema abdriften. Gehen wir nochmal zurück, bevor wir die Sitzungsunterbrechung machen, vielleicht, dass ich das nochmal erkläre: Also es stehen jetzt im Raum... Nein, Entschuldigung, eines ist noch wichtig: Andreas Lunardon, ich habe das nochmal bei Mario nachgefragt, weil wir das Thema schon hatten: Man darf nicht einfach einen Brunnen schlagen und unendlich Wasser beziehen, sondern die Gemeinde muss Wasserbezugsrechte genehmigen. Und es gibt eine Firma, die hat diese Wasserbezugsrechte und da habe ich schon gesagt, wieso verlängern wir das einfach? Weil, diese Wasserbezugsrechte, die wir genehmigen und eine Firma hat diese gehabt, dass sie eine extrem große Menge beziehen darf, gratis bisher, und das zu Lasten unserer Harder Trinkwasserreserven geht. Und da habe ich gesagt: „Halt, halt, halt, halt, halt, ich möchte mal kurz besprechen.“ Ich habe dann versucht mich da schlau zu machen. Also Wasserbezugsrechte zu genehmigen heißt, wir opfern damit unsere Trinkwasserreserven. Jetzt braucht die Firma das zum Glück nicht mehr; die Landesfischereizucht kann nicht einfach einen Brunnen schlagen und unendlich Wasser entnehmen – das müssen wir ihnen genehmigen. Sie dürfen also nicht hohe Summen Wasser beziehen, wenn wir das nicht genehmigen.

Melitta Kremmel: Nur ein kurzer Einwurf: und außerdem, wenn ich jetzt noch Wasser beziehe, es ist ja nicht, dass das umsonst ist. Wir müssen ja diese 350 000 m³ Wasser pumpen – d.h. wie viel wird die Stromerhöhung?

Bgm. Martin Staudinger: Versechsfacht/verfünffacht.

Melitta Kremmel: Es ist nicht umsonst und das Wasser muss ja auch noch behandelt werden.

Bgm. Martin Staudinger: Genau, es wird ökologisch einfach immer mehr ein Thema, Wasser zur Verfügung zu stellen und Wasser in einer sauberen Qualität zur Verfügung zu stellen und das muss uns einfach bewusst sein. So, ich werde nochmal kurz zusammenfassen, um dann gibt es eine Sitzungsunterbrechung durchzuführen: Also es steht jetzt Originalantrag so da wie ausgeschickt; es gibt den Antrag von Rene: die Erhöhung soll ausgesetzt werden mit der Ausnahme von ortsüblicher Baugrundstückspreis, Gästetaxe und Zweitwohnsitzabgabe; dann gibt es den Antrag vom Johannes Reumiller, die Gebührenerhöhung soll mit 5%-Erhöhung gedeckelt werden und, wenn ich, das was du gesagt hast und ich im CC gehabt habe, vorschlagen kann – zusammengefasst, also in einfachen Worten gesagt – legen wir das Geld zusammen, das wir haben aus dem Budgetansatz vom Wirtschaftsausschuss und vom, das was der Andreas Lunardon gesagt hat, was weniger notwendig ist, im ÖPNV-Ansatz und geben wir das Geld in einen Sozialtopf und beauftragen wir Finanzausschuss und Sozialausschuss hier einen sozialen Ausgleich zu schaffen. Also generell, es soll nicht ausschließlich auf irgendwas andocken, sondern einfach ein Sozialtopf zu dotieren, wo man dann quasi, wenn man ein Minus findet einen sozialen Ausgleich machen würde. D.h. der Antrag würde dann lauten: der Mobilitätsausschussobmann hat den Minderbedarf von 95.000 € im Budgetansatz 1/649000-72000 ÖPNV geäußert und der Wirtschaftsausschuss hat die vorgesehenen Mittelverwendung von 9.100 € im Budgetansatz 1/780000-729000 (Einmalige sonstige Ausgaben) sowie 2.400 € auf Budgetansatz 1/780000-757000 (Laufender Beitrag an die Wirtschaftsgemeinschaft Hofsteig) reduziert. Damit ist die Summe freigeworden von... Hilf mir schnell... Diese Summe, die wir gleich ausrechnen, damit wollen wir ein Sozialtopf dotieren und geben dem Finanzausschuss und dem Sozialausschuss

den Auftrag hier einen Ausgleichsmechanismus für Harder Bürger*innen gegen die Teuerung im Bereich Inflation und Energiekosten zu schaffen.

Melitta Kremmel: Ist das jetzt Philipps Antrag?

Philipp Erhart: Meiner war aufs Essen bezogen.

Bgm. Martin Staudinger: Und ich habe es erweitert.

Philipp Erhart: Aber ich kann da mit, weil die grundsätzliche Idee da drinnen steckt.

Bgm. Martin Staudinger: Ich versuch's in einfachen Worten.

Melitta Kremmel: Ich bin schon ein bisschen weggedriftet. Also der ursprüngliche Antrag plus diesen.

Bgm. Martin Staudinger: Es gibt vier! Es gibt: Antrag so wie er drinsteht „erhöhte Gebühren“, Antrag Rene „Verzicht auf die Gebühren, außer die drei“, Johannes will bei allem 5% erhöhen und der Antrag, gemeinsamer, oder, sollen wir daraus einen gemeinsamen Antrag machen?

Philipp Erhart: Mein Gedanke war noch, dass man die Essenspreise jetzt so belässt wie es der Bildungsausschuss auch empfohlen hat.

Melitta Kremmel: Das mit dem Topf gefällt mir nämlich gut, aber das muss man jetzt irgendwie zusammenbringen

Bgm. Martin Staudinger: Also meine Idee wäre nämlich nicht in die Gebührenordnung einzugreifen, sondern quasi im Budget einen Sozialtopf zu dotieren, der dann zielgerichtet fördern kann.

Melitta Kremmel: Darüber haben wir eh schon vor ein paar Tagen irgendwie geredet.

Bgm. Martin Staudinger: Ja, wir haben das im Finanzausschuss schon mal angedeutet, dass uns das lieber ist, weil es zielgerichteter ist, wie wenn ich mir für meine Kinder 10 Cent spare.

Philipp Erhart: Machen wir es gemeinsam.

Bgm. Martin Staudinger: Ja, passt. Ok, dann machen wir jetzt eine Unterbrechung und.

Melitta Kremmel: Also als Viertes ist dann der Originalantrag plus dem...

Bgm. Martin Staudinger: Genau, die Idee greift nicht in die Gebührenordnung ein, sondern in das Budget.

Melitta Kremmel: Aber der vierte Antrag ist ohne Abstriche plus den Fonds?

Marius Amann: Wie lange Pause?

Bgm. Martin Staudinger: 15 Minuten

Pause

Bgm. Martin Staudinger: So, wir setzen die Sitzung nach der Sitzungsunterbrechung um 22:45 Uhr fort. Die Anträge, die nun vorliegen möchte ich wie folgt (ach so ja, der David hat das schon vorbereitet). Es gibt zum ursprünglichen Antrag Abänderungsanträge. Und wir machen das so, es gibt den Antrag 1: Die Erhöhung soll ausgesetzt werden mit der Ausnahme Baugrundstückspreis, Gästetaxe und Zweitwohnsitzabgabe.

Marius Amann: Was noch fehlt ist die Müllsackgebühr, denn die müssen wir machen.

Bgm. Martin Staudinger: Also das ist der Antrag 1 von der ÖVP, Rene -, Antrag 2 - Johannes, die Gebührenerhöhung soll mit 5% Erhöhung gedeckelt werden. Antrag 3: wir haben uns beides in den Antrag reingeschrieben: die Gebührenverordnung bleibt wie geplant und die Mittelüberschüsse des Voranschlages 2023 aus den genannten Haushaltskonten, sohin 106.500 € werden für soziale Härtefälle zur Verwaltung durch das Sozialamt nach Richtlinien des Finanzausschusses bereitgestellt. Und wichtig ist hier noch, dass bis Jänner diese Richtlinien ausgearbeitet werden müssen. Haben wir gesagt, oder? Oder „nach bis Jänner ausgearbeiteten Richtlinien“. Und damit geben wir die Budgetänderung da rein, damit es gleich erledigt ist. Ich meine, ob der Christian das so sehen würde... Aber, ist das zulässig? Andreas?

Andreas Droop: Ich glaube das braucht eine Verordnung.

Bgm. Martin Staudinger: Damit wäre das Budget quasi dann gelegt. Ok, ich stimme ab über Antrag 1 – also Abänderungsantrag 1. Abänderungsantrag 1: wer ist – ihr alle seht es hier – wer ist für diesen Antrag? Ich habe 14 gezählt. Gegenprobe: wer ist gegen diesen Antrag?

David Lindner: 19 habe ich.

Bgm. Martin Staudinger: Ja, passt. 14 + 19 ergibt 33. Dann ist dieser Antrag abgelehnt. Ich komme zum Antrag 2. Wer ist für die Gebührenerhöhung mit 5% Erhöhung?

Bgm. Martin Staudinger: Ich habe 12 gezählt. Wer ist dagegen?

David Lindner: 20 und eine Enthaltung.

Georg Klapper: Enthaltungen gibt es nicht.

Bgm. Martin Staudinger: Gut, dann kommen wir zu Antrag 3. Wer ist für Antrag 3? Ich habe 19 gezählt.

David Lindner: Ich habe auch 19 gezählt.

Bgm. Martin Staudinger: Gegenprobe – wer ist dagegen? 14. Dann stimmt es wieder. Dann stimmt die Summe wieder. Vielen Dank. Damit hat dieser Antrag eine Mehrheit bekommen und der Stammantrag fällt. Dann kommen wir zum Tagesordnungspunkt „Budget“. Und der guten Ordnung halber wird beim Budget über eben diese Änderung nochmal abgestimmt. Wer stimmt den geänderten Budgetantrag ab, der das vorliegende Budget eben wie folgt ändert – eben mit dem Topf.

David Lindner: Die Zahlen bleiben gleich, weil es nur eine Verschiebung ist.

Bgm. Martin Staudinger: Genau, ja. Also „die Gemeindevertretung der Gemeinde Hard beschließt den vorliegenden Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2023“ ist der Originaltext mit der Ergänzung dieser Änderung. Wer ist für diesen Antrag? 19. Wer ist gegen diesen Antrag? 14, ja. Geht sich aus.

David Lindner: 19, 14.

Bgm. Martin Staudinger: Und wer ist für das Budget ohne die Änderungen?

David Lindner: Du musst nicht mehr abstimmen, weil es schon beschlossen wurde.

Bgm. Martin Staudinger: Damit ist der Vorschlag mit diesen Änderungen beschlossen. Dankeschön.

Antrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließt, die Gemeindesteuern, -gebühren und -tarife sowie die Entgelte für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen gemäß der Abgabenverordnung für das Jahr 2023 in Form der Verordnung der Marktgemeinde Hard über die Gemeindesteuern, Gemeindegebühren und Gemeindetarife für das Jahr 2023 (Abgabenverordnung 2023) festzusetzen. **Dieser Antrag wurde während der Sitzung abgeändert und nicht abgestimmt.**

Antrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließt die Gemeindesteuern, -gebühren und -tarife sowie die Entgelte für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen gemäß der Abgabenordnung für das Jahr 2023 in Form der Verordnung der Marktgemeinde Hard über die Gemeindesteuern, Gemeindegebühren und Gemeindetarife für das Jahr 2023 (Abgabenordnung 2023) wird zugestimmt sowie die Mittelüberschüsse aus den Haushaltskonten 1/780000-7570 in Höhe von 2.400 Euro, 1/780000-7290 in Höhe von 9.100 Euro sowie von 1/649000-7200 in Höhe von 95.000 Euro sollen auf Haushaltskonto 1/429000-7290 umgeplant und für soziale Härtefälle zur Verwaltung durch das Sozialamt nach Richtlinien des Sozial- und Finanzausschusses bereitgestellt werden. **Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (19 Zustimmungen, 14 Gegenstimmen).**

Antrag:

Die Erhöhung soll ausgesetzt werden mit der Ausnahme, ortsüblicher Baugrundstückpreis, Gästetaxe und Zweitwohnsitzabgabe. **Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (14 Zustimmungen, 19 Gegenstimmen).**

Antrag:

Die Gebührenerhöhung soll mit 5% Erhöhung gedeckelt werden. **Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (13 Zustimmungen, 20 Gegenstimmen).**

5. Genehmigung des Voranschlags 2023

Der Entwurf des Voranschlages 2023 steht unter besonderen Rahmenbedingungen. Während die Kosten aufgrund von Inflation stark anziehen sowie die Zinsbelastung steigt, stagnieren die Ertragsanteile des Bundes vor allem auf Grund der Steuerreform(en) und einem zu erwartenden verhaltenen Konsum im Jahr 2023 im Vergleich zu den aktuellen Werten für 2022. Im Vergleich zum Voranschlag 2022 ist aufgrund

der damaligen Hochrechnung trotzdem eine Steigerung erkennbar, diese wird auch im Bereich der eigenen Abgaben (insbesondere Kommunalsteuer) sowie Gebühren und Leistungen ersichtlich, womit im Vergleich zum Voranschlag 2022 eine Steigerung von 3 Mio. Euro im Bereich der Erträge der operativen Verwaltungstätigkeit berechnet ist. Kumuliert steigen die Planeinnahmen um 2,88 Mio. Euro, zeitgleich steigen die Aufwendungen um 2,49 Mio. Euro. In der Planung verbessert sich der Geldfluss aus der Operativen Gebarung um rund 400.000 Euro auf über 3 Mio. Euro.

Die Gemeinde schafft vermehrt Kinderbetreuungsplätze, was zu sichtbaren Mehrkosten im Bereich Personal der Gruppe 2 von rund 450.000 Euro führt. Die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes, der von der ÖBB umgesetzt und von der Marktgemeinde Hard (anteilig) bezahlt wird, startet nun erst im Dezember 2022, womit die Abrechnung vom Jahr 2022 ins Jahr 2023 rutscht. Aufgrund der Konstruktion als Förderung ist der Betrag 775.000 Euro direkt im Aufwand (Ergebnishaushalt) und nicht langfristig als Investition verbucht und belastet direkt das Ergebnis.

Dadurch ist lediglich eine Verbesserung des Nettoergebnisses im Vergleich zur Planung 2022 in Höhe von 286.000 Euro vor den Veränderungen durch Rücklagen zu erwarten. Um das Ergebnis nicht zu verzerren und den Einmal-Zuschuss an die ÖBB entsprechend zu bereinigen, der bereits im Voranschlag 2022 enthalten war, wird die Marktgemeinde Hard den budgetierten Wert in Höhe von 775.000,00 Euro im Rechnungsabschluss den Rücklagen zuweisen und im Jahr 2023 zur Entlastung des Nettoergebnisses nach Haushaltsrücklagen entnehmen, womit ein Jahresnettoergebnis von -646.800 Euro zu erwarten ist (2022: -1.661.300 Euro). Das Erreichen vom Zielwert -500.000 Euro Nettoergebnis wäre aufgrund der entsprechenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nur durch weitere Kürzung von Subventionen für Vereine möglich.

Relevante Effekte auf den Voranschlag 2023 im Vergleich zu 2022:

- Erhöhte Energiekosten: +365.700,00 Euro (+165.500,00 Euro Strom rd. 37 %, +200.200,00 Euro Gas/Nahwärme rd. 107%)
- Erhöhte Zinsbelastung: +105.000,00 Euro
- Verstärkte Instandhaltungsaufwendungen: +159.000,00 Euro
- Höhere Abschreibung durch Inbetriebnahmen: +137.000,00 Euro
- Erhöhung der Zuschüsse an die HSUFAB: +46.100 Euro (zusätzlich Auflösung Rücklagen bei HSUFAB lt. Empfehlung FAS)
- Erhöhte Personalaufwendungen durch:
 - Generelle Inflationsvorsorge von 6 % - rund 644.000 Euro
 - Erhöhte Personalkosten durch die Erweiterung Kleinkindbetreuung um 2 Gruppen – rd. 450.000 Euro
 - Trotz Stabilisierung von Personalkosten in der allgemeinen Verwaltung

Finanzbedarf:

Die Investitionen der Gemeinde sinken von Euro 12,276 Mio. (2022, davon 5 Mio. Sanierung Mwbg) auf Euro 8,43 Mio. Darin nicht enthalten ist der erste Investitionsaufwand der HSUFAB für das Strandbad in Höhe von rund 5 Mio. Euro, da dieser bei der HSUFAB budgetiert werden muss. Es ergibt sich ein Bedarf im Finanzierungshaushalt in Höhe von 8,18 Mio. Euro, der zu 40 % aus Liquidität aus 2022 und zu 60 % mit geplanter Darlehensaufnahme einhergeht. Die für 2022 geplante Darlehens-

aufnahme in Höhe von 7,172 Mio Euro (2022) sind aus heutiger Sicht nicht erforderlich (höhere Erträge, Verschiebung von Investitionen, Projektentwicklung Löwen).

In der gemeinsamen Sitzung des Gemeindevorstandes mit dem Finanzausschuss am 12.10.2022 haben beide Gremien eine jeweils einstimmige Empfehlung an die Gemeindevertretung abgegeben, den vorliegenden Voranschlag 2023 nach der Rückmeldung der offenen Ausschüsse Mobilität und Wirtschaft zu beschließen.

Antrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, den vorliegenden Haushaltsvoranschlag für das Jahr 2023 in der vorliegenden Form mit einem Nettoergebnis im Ergebnishaushalt von -646.800,00 Euro sowie dem Finanzierungshaushalt mit Saldo -3.429.100,00 Euro zuzustimmen, die Auflösung von zweckgebundene Haushaltsrücklagen in Höhe von 34.500,00 Euro für den Ansatz 851 sowie allgemeine Haushaltsrücklagen in Höhe von 775.000,00 Euro für den Ansatz 770 zu genehmigen und die Finanzkraft für das Jahr 2023 in Höhe von 23.943.700,00 Euro festzulegen. **Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (19 Zustimmungen, 14 Gegenstimmen).**

6. GV-Antrag Subventionen 2023

Vereine und gemeinnützige Organisationen leisten Großes für Hard. Kunst-, Kultur- und Sportinitiativen tragen maßgeblich zu einem aktiven Gemeindeleben bei.

Aber auch Organisationen, die wichtige Aufgaben für die Gemeinde übernehmen, insbesondere im Bereich Soziales, Kinder- und Jugendarbeit sowie Bildung, leisten einen wertvollen Beitrag für ein lebenswertes Hard.

Das Ehrenamt in all seinen Formen bildet einen wichtigen Anker in der Gesellschaft.

Die Unterstützung der Belange der Wirtschaft, Religion aber auch der Harder Sport- und Freizeitanlagen BetriebsgesmbH bilden eine weitere, wichtige Komponente der 3.210.335 Euro (davon 1.040.000 Euro HSUFAB) umfassenden Beschlussvorlage.

Die Marktgemeinde Hard unterstützt die Tätigkeit der Vereine und Organisationen daher in vielen Bereichen. Einerseits in den jährlichen und regelmäßig steigenden Förderbeiträgen, wie in der Subventionsliste ersichtlich, mit einer Gesamtsumme von rund zwei Millionen Euro. Andererseits durch fachliche und personelle Unterstützung durch die Mitarbeiter:innen der Marktgemeinde Hard, durch die Unterstützung bei Veranstaltungen von der Genehmigung bis zum Auf- und Abbau, durch die Zurverfügungstellung von Infrastruktur (u.a. Sportanlagen, Räumlichkeiten, Lagerplätze), durch die Übernahme von Verwaltungstätigkeiten (u.a. Lohnverrechnung) sowie durch Marketingleistungen und Bewerbung über gemeindeeigene Medien. Mit all diesen Unterstützungsleistungen ist die Marktgemeinde Hard trotz angespannter Finanzsituation ein verlässlicher Partner für die Harder Vereine und alle ehrenamtlich Tätigen.

Sämtliche angeführten Beträge finden im Voranschlag 2023 ihre budgetäre Bedeckung.

In den Ausschusssitzungen der vergangenen Wochen wurden die jeweiligen bereichsspezifischen Subventionen besprochen sowie eine jeweilige Empfeh-

lung an die Gemeindevertretung ausgesprochen, die Subventionen 2023 zu beschließen.

Georg Klapper: Mehmet hat die Sitzung um 22:54 Uhr vorzeitig verlassen. Grünes Hard ist somit eine Person weniger.

Bgm. Martin Staudinger: Anwesend sind somit 32 Personen.

Marius Amann: Ich wollte nur kurz sagen, dass ich der Meinung bin, dass der Sportausschuss, der Kulturausschuss, der Sozialausschuss und die anderen Ausschüsse, die sich mit den Themen beschäftigt haben, haben sich die Subventionen sicher gut angeschaut von den Vereinen und es ist gut vorbereitet und ich unterstütze das, dass die Vereine in Hard unterstützt werden und bin nicht dafür, dass die Vereinssubventionen gekürzt werden.

Sanel Dedic: Ich hätte ein paar Fragen und einen Vorschlag bzw. ob man dann einen Antrag formulieren möchte bzw. ich möchte etwas zur Diskussion stellen. Und zwar habe ich mir insgesamt die Subventionsliste fürs Thema Sport angeschaut aber auch für die anderen Vereine und hätte jetzt ein paar Fragen, weil doch ein paar Themen auf dieser Subventionsliste sind, die entweder neu sind oder ich habe sie bis dato noch nie gesehen. Ich weiß jetzt auch nicht, in welchen Bereich diese fallen, also bitte einfach derjenige oder diejenige Verantwortliche, die weiß, was für ein Verein das ist, bitte einfach mir sagen. Interessant fand ich den Namen „Maniacs“ – weiß jemand was das ist?

Daniel-Marius Roll: Das ist ein Verein von jungen Hardern, die so ein bisschen aus dem Radsportclub kommen, vom DJ, und die haben jetzt einen Verein gegründet und möchten zukünftig auch Veranstaltungen machen zum Beispiel im Spanrahmen in der Wirke und so weiter.

Sanel Dedic: Ok. Passt. Ich fand den Namen lustig und man kann das in alle Richtungen interpretieren. Aber ist in Ordnung. Dann habe ich einfach noch grundsätzlich die Frage: es tauchen doch einige, vor allem im sozialen Bereich, Projekte und Themen auf – jetzt muss ich nur nochmal schauen, wo ich das in der Liste drinnen habe. Und zwar im Bereich „Soziales“ sind einige Vereine drauf wie beispielsweise Herzintakt Bregenz, das hat mich ein wenig gewundert, oder Sozialprojekt Elia. Ebenso Kinder für Tschernobyl. Nur dass ich das hier auch zu Protokoll bringe und ihr mich richtig versteht: ich unterstütze sämtliche Sozialprojekte, aber meine Frage ist: was machen diese Vereine? Wie lange werden sie schon subventioniert und müssen sie irgendetwas einreichen, was sie machen oder was auch immer? Müssen sie einen Nachweis bringen, für was diese Gelder verwendet werden etc.?

Elfriede Bastiani: Elia sind die Kinder von Rumänien. Das Projekt von Bregenz kenn ich jetzt nicht, weil das Budget eigentlich schon fixiert war vom Herrn Meusburger, aber das Projekt von Rumänien ist schon x-Jahre her. Diese müssen auch keinen Nachweis bringen, sie erhalten einen Sockelbetrag.

Sanel Dedic: So, nun zu einem etwas kniffligeren Thema, aber ich möchte das heute einfach zur Diskussion stellen. Vor allem in Anbetracht der jüngsten Ereignisse. Wir haben ja heute das ein oder andere Mal das Thema in die Richtung Bund mitbekommen. Es wird das Thema „Transparenz und Korruption“ doch sehr heiß diskutiert und heiß behandelt in Österreich. Man könnte schon sagen, es gehöre zum guten Ton in der österreichischen Politikultur und jetzt möchte ich einfach zur Diskussion

stellen: wir haben auf der Subventionsliste drei Vereine, die doch einen unmittelbaren oder mittelbaren Konnex zu politischen Fraktionen haben. Nämlich der Freiheitliche Seniorenring, der Pensionistenverband Hard und der Seniorenbund Hard. Jetzt ist es einfach das Thema aufgrund der aktuellen Sachlage, ist es meiner Meinung nach nicht sonderlich schlau bzw. intelligent, dass die öffentliche Hand solche Vereine noch unterstützt. Im Sinne der Transparenz und Abgrenzung diesbezüglich wäre ich dafür bzw. würde stark dafür plädieren, dass wir uns hier committen und sagen, dass wir als Hard das nicht unterstützen wollen. Das möchte ich am heutigen Abend zur Diskussion stellen und wenn das alle bzw. viele auch so sehen, dann könnte man sich überlegen, dass man diese drei Elemente aus der Subventionsliste herausnimmt. Danke.

Martin Staudinger: Die einen Fragen sind direkt geklärt worden. Was die drei Seniorenvereine betrifft, diese wegstreichen ohne mit ihnen geredet zu haben? Ich kann nur für den Pensionistenverband sprechen, der laut allen Gesetzen keine Parteiorganisation ist, allen Gesetzen entspricht als unabhängiger Verein. Dass die Vereine uns zugeordnet werden wissen wir. Wie es bei den anderen Vereinen gesetzlich ist, weiß ich nicht. Natürlich wollen wir nicht mit Förderungen einem Parteien- oder Transparenzgesetz widersprechen. Sind das Teilorganisationen oder wie schätzt ihr die Rechtslage ein? Ist das geklärt oder in Klärung? Oder sind das eigene Vereine?

Johannes Reumiller: Bei uns ist es ein eigener Verein, zu uns kommen alle.

Rene Bickel: Der Seniorenbund ist auch ein eigener Verein, wo alle kommen können, rechtlich gesehen ganz klar aber bezeichnen tut er sich als Teilorganisation.

Sanel Dedic: Ich habe eine ganz kurze Ergänzung. Ich glaube es macht durchaus Sinn, das müssen wir nicht heute am Abend lösen, aber wir müssen offen darüber diskutieren, weil ich möchte daran erinnern an die Diskussion, die wir im Gemeindevorstand geführt haben über die Inserate in der Gemeindezeitung. Hier haben wir auch gesagt, dass wir hier sauber sein. Gesetzlich ist das eine – das hören wir ja aus den Bundes-ÖVP-Kreisen immer: die Grenze ist das Strafgesetz. Das ist Auslegungssache, wo für einen Politiker die Grenze ist.

Rene Bickel: Danke, Sanel, für den Input. Es ist sehr wichtig, dass wir das diskutieren. Wir dürfen nur nicht vergessen, dass diese Vereine (ob sie eine Parteinähe haben oder nicht, weiß ich jetzt nicht) sehr viel machen im sozialen Bereich, sowohl die Pensionistenverbände als auch der Seniorenbund und der blaue Seniorenring. Das sind keine sinnlosen Dinge. Ich würde allerdings vorschlagen – ich glaube, Martin, im Landtag habt ihr euch das ganz genau angeschaut, die Eva war da, glaube ich, sehr nah dran – dass wir das vertragen und schauen, wie im Landtag damit umgegangen wird und was das Gesetz genau sagt zu diesem Thema und wir das dann nochmals diskutieren.

Sanel Dedic: Passt.

Bgm. Martin Staudinger: Ich würde sagen, dass wir die Subventionsliste so beschließen, aber bevor wir die Beträge auszahlen, die Gemeinde sich noch versichert, dass das nicht Parteienfinanzierung ist. Der Antrag wird geändert, aber wir zahlen es nicht aus, weil ich möchte mich nicht strafbar machen für die Auszahlung.

Antrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, die Subventionen für das Jahr 2023 entsprechend den budgetierten Ansätzen an Vereine und Organisationen zu genehmigen. **Der Antrag wurde einstimmig angenommen (32 Zustimmungen, 1 Abwesenheit).**

7. Beschäftigungsrahmenplan per 01.01.2023 Dienstpostenplan per 01.01.2023

Die Änderungen im Dienstpostenplan vom Jahr 2022 zum Jahr 2023 ergeben sich wie folgt:

Hoheitsverwaltung:

-1,6834: Sozialamt, EDV, Bauamt, Umwelt/Abfall

Kindergarten & Kleinkindbetreuung:

+6,2226: Eröffnung KKB Dorfbach (Fröschle)

Schulen:

+1,1422: Mehraufwand durch Sanierung der Schule Mittelweiherburg

Antrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, gemäß § 3 GAG 2005, den Beschäftigungsrahmenplan für das Jahr 2023, mit den um 5,6814 erhöhten Dienstposten von 169,4554 Dienstposten auf 175,1368 Dienstposten zu genehmigen. **Der Antrag wurde einstimmig angenommen (32 Zustimmungen, 1 Abwesenheit).**

8. Genehmigung der letzten Niederschrift/Beschlussprotokoll

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe, die Niederschrift/Beschlussprotokoll Nr. 05 vom 22.09.2022 zu genehmigen. **Der Antrag wurde einstimmig angenommen (21 Zustimmungen, 1 Abwesenheit).**

9. Adaptierung Wassergebührenordnung + Kanalgebührenordnung:

Die Wasser- und Kanalgebührenordnung sind durch landesgesetzliche Änderungen zu adaptieren gewesen. Hintergrund der Änderung war ein Entscheid seitens des Landesvolksanwalt, dass bei den Berechnungen zur Anschlussgebühr Außenwände nicht berücksichtigt werden dürfen. Demgegenüber hat sich allerdings der Satz von 27% auf 29% (Kanal) bzw. jeweils um 2 Prozentpunkte (Wasser) erhöht, sodass eine Gebührenneutralität zur alten Regelung vorherrscht.

Weiters wurde durch diverse Judikate sowie eine Empfehlung des Gemeindeverbands Vorarlberg die Situation bezüglich eines Wiederaufbaus präzisiert, was in die neuen Gebührenordnungen ebenfalls übernommen wurde.

Darüber hinaus sind die gestaffelten Preise für Wasser und Kanal abgeschafft worden. In Einzelfällen wird zukünftig bei Großabnehmern eine Sonderregelung getroffen.

Die beiden Gebührenordnungen sind bereits im Tiefbauausschuss als auch im Finanzausschuss diskutiert und in der vorliegenden Form zur Genehmigung empfohlen worden.

Die gelb markierten Bereiche betreffen die Änderungen sowie Neuerungen. Die grün markierten Abschnitte sind lediglich in der Formalität noch anzupassen. Ansonsten wurden keine Änderungen vorgenommen.

Bgm. Martin Staudinger: Dann komme ich jetzt zum neu aufgenommenen Antrag „Adaptierung Wassergebühren- und Kanalgebührenordnung“. Gibt es hier Fragen, die man stellen will oder ist das ok?

Andreas Lunardon: Wenn die Gemeindevertretung das nicht abgibt an den Gemeindevorstand, bin ich dafür. Das ist wieder ein Thema, dass die Gemeindevertretung Macht abgibt – das habe ich letztes Mal schon gesagt. Also ich hätte gerne, dass man den einen Absatz rausnimmt, dass der Finanzausschuss und der Gemeindevorstand entscheiden können. Es soll die Gemeindevertretung entscheiden über diese Gebühren.

Marius Amann: Grundsätzlich gibt es zwei Sachen. Einerseits der Bemessungswert, der von 27 auf 29 von 100 oder wie der Wert lautet, wo die Außenfläche zur Innenfläche zählt zum Anpassen. Bisher hatten wir eine Gebührenstaffelung für Großverbraucher, wo genau festgelegt war, ab welcher Menge Wasser welche Gebühr zu bezahlen ist. Jetzt ist im drinnen – auf Antrag oder wie auch immer – kann der Gemeindevorstand auf Empfehlung des Finanzausschusses quasi eine andere Gebühr erlassen. Nicht definiert wie hoch. Nun wäre meine Frage dazu in dieser Wertkompetenz: gibt es irgendwie Richtlinien, an die man sich dann hält? Oder nimmt man die alten Richtlinien? Wie schaut das aus? Weil wenn ein Antrag kommt, muss man das vorbereiten.

Mario Kalb: Geplant ist schon, dass die Gemeindevertretung das beschließt.

Bgm. Martin Staudinger: Nur zur Praxis: Niemand von euch, sondern die Mitarbeiter:innen der Gemeinde werden an die Firmen herantreten, mit ihnen reden und sagen, hört mal zu, ihr habt bisher ein Zwölftel bezahlt vom Haushaltstarif und wir müssen reden – ihr müsst jetzt mehr bezahlen. Dann wird man sagen, was können wir machen? Sie werden sagen, sie bezahlen sicher nicht das Zwölfwache, sondern man wird verhandeln müssen. Das werdet ihr alle nicht machen – das werden die Mitarbeiter:innen machen. Dann wird man das im Finanzausschuss diskutieren und sagen, wir nähern uns mal an einen Betrag an. Wenn diese Summe dann der GVO-Wertkompetenzhöhe entspricht, wir der GVO in seinen Sitzungen sagen, da wurde gut verhandelt oder man sagt, es wurde schlecht verhandelt. In diesem Fall schicken wir einen Gemeinderat hin und dieser soll dann mit der Firma XY etwas Anderes aushandeln. Die Frage ist, ich kann in einer öffentlichen Sitzung mit so vielen Leuten sagen, der Mitarbeiter soll mit der Firma den Betrag XY ausmachen, dann bist du auch dabei. Dann sagst du, das ist nicht gut und dann soll ich sagen, Marius, geh du verhandeln oder wie? Bleiben wir realistisch. Es gibt Summen, für die gibt es gewisse Kompetenzen, was der Gemeindevorstand darf und der Gemeindevorstand macht es hin und wieder mal, Entscheidungen zu treffen. Warum das jetzt in Frage gestellt wird, weiß ich nicht.

Daniel-Marius Roll: Wie viel ist denn das eine Zwölftel in Summe? Des Verbrauchs?

David Lindner: In Summe sind es vier Betriebe.

Bgm. Martin Staudinger: Das Problem ist, man kann es in einer Gemeindevertretungssitzung öffentlich diskutieren, was bekommt die Firma für einen Rabatt und dann kann rauskommen „ja“ oder „nein“, weil „nein“ heißt einfach, man muss nochmals verhandeln. Man kommt so nicht wirklich weiter.

Marius Amann: Mir ist es um etwas Anderes gegangen. Bisher hatten wir ein, ich sage mal starres Gebührenmodell gehabt, das genau regelt, ab welchem Betrag ich was bezahle. Sprich, Leute bzw. Firmen, die gleich viel verbrauchen, bezahlen gleich viel. Wie ist das nachher? Beahlt einer, der härter verhandelt, vielleicht nur die Hälfte von einem anderen, der sagt, er bezahlt es. Das ist nicht mehr gerecht. Um das geht es. Gibt es eine Richtlinie, die das regelt? Mario Kalb, David Lindner oder Martin muss zur Firma gehen und wie schaut das dann aus. Kannst du dann sagen, dass es das Ziel ist, von einem Zwölftel auf ein Sechstel zu kommen? Und das man schaut, dass die Firmen, die ähnlich sind, ähnliches bezahlen. Nicht, dass der eine ein Sechstel, der andere ein Drittel bezahlt und der nächste bezahlt voll. Gibt es hier was?

Mario Kalb: Es gibt keine Richtlinie dazu. Es gibt natürlich eine Vergangenheit dazu. Und zwar haben die Firmen einen Durchschnittswert bezahlt, quasi von den letzten fünf Jahren, die man in Betracht zieht. Und haben je nach dem, in welche Staffelung sie reingekommen sind, weniger bezahlt, sozusagen. Es gibt auch einen Sonder-Sonder-Sonder-Fall: das ist die Landesfischzuchtanstalt, der Name ist heute schon ein paar Mal gefallen. Hier hat es zu einer Rabattierung noch eine Sonder-förderung dazu gegeben. Außerhalb von der Gebühr, sozusagen. Das wird man sich anschauen müssen und sich mal langsam davon entflechten müssen. Da wird man nun bei jeder Firma, je nachdem in welche Rabattierung sie reingefallen sind in den letzten fünf Jahren (Durchschnitt), schauen müssen, wie man sich davon löst. Bei der Landesfischzucht, der absolut größte Nutznießer sozusagen, hat das ca. € 60.000 ausgemacht. Also locker in der Kompetenz vom Gemeindevorstand drinnen. Obwohl man ehrlicherweise dazu sagen muss, dass das nur die Sonder-förderung ist.

Bgm. Martin Staudinger: Kurz um, wir sagen den Firmen, sie müssen mehr bezahlen, damit es gerecht ist gegenüber dem Haushalt und auch dieser Lenkungseffekt irgendwann in eine andere Richtung gehen soll, dass sie weniger Wasser verbrauchen. Und natürlich, zwei Firmen, die gleich viel verbrauchen, die eine schlechter verhandelt und sagt, sie bezahle mehr als die andere, dass das ungerecht wäre, ist sowieso klar.

David Lindner: Wir müssen schon den Gleichheitsgrundsatz auch einhalten, auch wenn wir privatrechtlich agieren. Wir können nicht beliebig die einen so und die anderen so behandeln. Das geht als Gemeinde nicht.

Mario Kalb: In Summe ist es nicht wirklich viel - ich denke, wir bringen das in einen guten Überblick. Vielleicht, dass wir das ändern können, dass wir dann je nach Wertkompetenz Gemeindevorstand oder eben Gemeindevertretung.

Andreas Droop: Ich hätte noch eine ergänzende Frage. Ich habe das noch nicht ganz verstanden. Geht es jetzt darum, dass ein Rabatt verhandelt wird oder setzt danach

auf Basis dieses Verhandlungsergebnisses der Gemeindevorstand die Gebühr fest? Weil ich denke, Gebühren sind nicht verhandelbar. Bei Gebühren ist die Gemeindevertretung ausschließliche Kompetenz. Ich denke nicht, dass der Gemeindevorstand Gebühren festlegen kann, außer er hätte die Ermächtigung der Gemeindevertretung möglicherweise, aber da bin ich mir nicht sicher. Die Frage ist, weil immer von einem Rabatt gesprochen wurde, wird ein Rabatt ausgehandelt oder wird auf Basis dieser Besprechung dann eine Gebühr festgesetzt?

Mario Kalb: Das mit der Refinanzierung, das ist keine Gebühr, die man verhandelt, sondern sozusagen eine Förderung, wenn man so will. Oder wie steht es genau drinnen?

Andreas Droop: Dass der Kunde das wieder zurückbezahlt. „...einer Wertkompetenz einen individuellen Sondertarif festlegen“.

Mario Kalb: Man kann ihnen somit noch etwas zurückgeben, sozusagen. Um das, was sie früher weniger an Gebühren bezahlt haben, kann man ihnen jetzt als Subvention zurückgeben.

Andreas Droop: Man muss es dann eben richtig formulieren, sodass es passt. Auch kompetenzmäßig.

Bgm. Martin Staudinger: Wenn wir das in den Vorstand bringen und du bist in der Sitzung da, wenn du dann meinst, es ist GV-pflichtig, werden wir das selbstverständlich in die GV bringen. Das ist bei so einer Geschichte kein Thema. Gut. Dann werde ich das zur Abstimmung bringen. Der Antrag so, wie er dasteht.

Antrag:

Die Gemeindevertretung der Marktgemeinde Hard beschließe die beiden vorliegenden Gebührenordnungen für Wasser und Kanal zur Umsetzung und Inkrafttretung. **Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (27 Zustimmungen, 5 Gegenstimmen, 1 Abwesenheit).**

10. Allfälliges

Bgm. Martin Staudinger: Dann kommen wir zum 10. Tagesordnungspunkt „Allfälliges“. Gibt es Wortmeldungen zum Tagesordnungspunkt „Allfälliges“?

Andreas Lunardon: Ich habe nur eine kurze Geschichte. Am 8. November findet der Werkstattbericht statt bezüglich RHESI. Ich denke, ihr habt alle eine Einladung erhalten. Und jetzt ist gleichzeitig die e5-Sitzung. Ich habe schon mal angedeutet, ob es nicht möglich ist, dass man e5 verschieben könnte.

Bgm. Martin Staudinger: Das ist schwierig. Für die e5-Sitzung haben wir keinen anderen Termin gefunden und an diesem Tag ist auch GVO-Sitzung. Wir haben uns gedacht, wenn man in der e5-Sitzung energiesparmäßig noch etwas empfiehlt, was wir dann im GVO beschließen möchten, also rechtzeitig Anfang November, dann ist es gut, wenn das am 8. November gleich stattfindet – das war der Gedanke, dass wir es so noch hinkriegen. Beim Werkstattbericht RHESI, da gibt's ja immer wieder welche, vielleicht gibt es da ja auch andere Möglichkeiten noch, aber das ist der Grund, warum wir den Dienstag gewählt haben. Damit wir im GVO eventuell etwas mitbeschließen können, wenn sich da etwas ergibt.

Andrea Mießgang: Ich habe nur eine kurze Frage und zwar, wer ist für die Ausfallhaftungen zuständig? Wer vergibt das? Hardmovie hat man leider vergessen. Im Antrag steht alles haargenau drinnen und das hängt jetzt, glaube ich, in der Luft.

David Lindner: Die Ausfallhaftung ist nicht budgetrelevant oder budgetwirksam, außer es ist ein tatsächlicher Ausfall da. Es ist eine Eventualverbindlichkeit und deshalb wird es auch im Budget nicht budgetiert und geplant. Aber die Gemeindevertretung muss das beschließen. Es ist im Kulturausschuss besprochen und behandelt worden und die zuständige Sachbearbeiterin wird zur nächsten Sitzung einen Antrag einbringen. Das ist nicht nur Hardmovie, sondern auch noch eine zweite Haftung und diese wird dann zur nächsten Sitzung, zumindest wurde das so angekündigt, als Antrag eingebracht werden.

Bgm. Martin Staudinger: Danke. Zum Thema „Allfälliges“ gibt es noch was? Marius.

Marius Amann: Ich mache es auch kurz. Unser Thema, ich habe es vor zwei Gemeindevertretungen schon mal gefragt, wir haben vor ca. eineinhalb Jahren einen Beschluss gefasst zum Thema „Begrünung von Gebäuden“. Damals hat man beschlossen, wir haben den Antrag eingebracht mit dem Vorschlag vom Gründachberater, der das zum Beispiel für die Stadt Hohenems macht. Da hat man gesagt, nein, man möchte das neutral prüfen. Die Gemeinde prüft, wie man das machen kann und wie man das genau aufzieht. Hier ist jetzt nichts passiert. Ich habe vor zwei Sitzungen die Frage gestellt und bis heute noch keine Antwort erhalten. Bis wann kann man mir die Antwort zukommen lassen, wie der Prozess ist, wie es weitergeht oder bleibt das Thema in der Schublade?

Bgm. Martin Staudinger: Nein, gar nicht. Also ganz wichtiges Thema auch in vielen anderen Ansätzen, wo man viel tun sollte. Ich habe auch noch andere Ideen wie Entziegelung oder Verbot von versiegelten Parkplätzen und ähnlichen Sachen. Ich möchte da ganz viel machen. Die Rosalie ist leider vorhin gegangen, sonst hätten wir sie fragen können. In Erinnerung habe ich nur, dass in dem Antrag die Formulierung war, dass man im REP-Prozess quasi macht, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

Marius Amann: Es war nicht im REP-Prozess, man hat nur gesagt, man schaut genau, wie man es macht und wer es macht. Das Angebot, das wir mitgebracht haben hat nicht gereicht. Deshalb hat man gesagt, man holt ein Gegenangebot ein. Ist ja legitim, nur sollte das nicht eineinhalb Jahre dauern. Das gleiche Thema, das ich eh schon angesprochen habe, Entziegelung ist ein wichtiges Thema. Man hat vor ca. einem Jahr beschlossen, die Schrebergartenrichtlinie. Also die Änderung der Schrebergartenrichtlinie haben wir beschlossen. Hier habe ich auch noch keine Antwort, wahrscheinlich, weil seitdem keine Sitzung war, habe ich dem Sachbearbeiter dort mitgeteilt, ich frage nochmals, weil das ein Beschluss der Gemeindevertretung war. Damals wurde beschlossen, die, wo die Hütte oder eine Laube größer überbaut haben von der Fläche wie erlaubt in den Richtlinien, dann hat man gesagt, ok, als Kompromissvorschlag dürfen sie machen, wenn sie begrünen, zum Thema Entziegelung oder wenn man Wände hat. Wie schaut das aktuell aus? Sind die Lauben rückgebaut oder begrünt? Jetzt haben sie ja ganz lange Zeit gehabt, jetzt müsste es eigentlich umgesetzt werden. Wenn das nicht so ist, müsste man sagen, ok, dann müsst ihr euch an die Vorgaben halten, die wir als Gemeindevertretung beschlossen haben. Heißt, entweder begrünen oder das illegale Bauwerk, in diesem Fall, abreißen. Mir geht es darum, ob hier etwas vorwärtsgegangen ist.

Georg Klapper: Normalerweise ist es bei den Schrebergärten nicht so böse, wie man immer meint. Die ganzen Anträge sind eingelangt. Die letzten sind vor kurzem bewilligt worden und in Zukunft wird es der Herr Moosmann, der ist ja für die Schrebergärten zuständig, er wird sich das anschauen. Mit ihm kann man sich jederzeit in Verbindung setzen, hier liegt nichts im Argen. Es ist so, wie wir das beschlossen haben. Und die ganzen sind genau nach diesen Richtlinien bewilligt worden.

Bgm. Martin Staudinger: Also generell nochmal, ihr könnt immer direkt bei der Mitarbeiterin oder dem Mitarbeiter der Gemeinde nachfragen. Beide Seiten müssen nicht schüchtern sein. Manche Mitarbeiter:innen sind bei vielen Gemeinden auch durchaus bekannt und das ist immer möglich. Ich hoffe, ihr bekommt hier auch eine Auskunft. Kann man immer machen. Eine Korrektur noch zum Gemeindevertretungsbeschluss, ich bin mir nicht sicher, ob nicht der GVO diese Richtlinie beschlossen hat. Meinetwegen ist es dreifach beschlossen.

Rene Bickel: Auch nur kurz eine Frage, weil ich habe im Facebook gesehen, so wird eine Veranstaltung beworben und es gibt laut Sanel auch schon wieder ein wenig Konfliktpotential in einem Harder Verein. Ich wollte nur mal nachfragen, wer diese Stargarage-Veranstaltung geplant und genehmigt hat. Weil letztes Mal war es im GVO, oder?

Bgm. Martin Staudinger: Ja, da warst du nicht da.

Rene Bickel: Ok, dann habe ich das im Protokoll auch überlesen.

Bgm. Martin Staudinger: Die Nina hat ja im GVO alle Veranstaltungen, also der Kulturausschuss hat sich damit befasst, der Kulturausschuss hat einstimmig alle diese Veranstaltungen empfohlen und die Nina war dann zu Gast im GVO und hat da dann den ganzen Veranstaltungskalender dann auch vorgestellt.

Rene Bickel: Ja, gut, danke für die Auskunft.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, dankt Bgm. Martin Staudinger für die rege Teilnahme an der Sitzung der Gemeindevertretung und schließt diese um **23:24** Uhr.

Schriftführer:

David Lindner

Vorsitzender:

Bgm. Dr. Martin Staudinger